

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 33 vom 17. August 1979

13. Jahrgang

1 DM

Terroristische Aktionen der Nazis nehmen zu

## Nazis: Brandanschlag in Berlin

Täter werden nicht verfolgt

Nur aufmerksame Zeitungsläser konnten es am Samstag der Presse entnehmen: ein ganzes Haus steckten Nazis in Berlin-Grünwald in Brand. Das Gebäude, in dem sich Restaurant und Wohnung eines anscheinend jüdischen Besitzers befanden, wurde zuvor mit Hakenkreuzen und der Parole „Juden raus“ beschriftet, und dann in Brand gesteckt.

Diese Aktion, so mußten selbst offizielle Stellen zugeben, war ohne Zweifel ein Racheakt der Nazis für die am Vortag ergangenen Gerichtsurteile gegen die Berliner Nazigruppe um Rahl, die zum ersten Mal seit langem Gefängnisstrafen ohne Bewährung erhielten; sehr geringe allerdings, wenn man weiß, daß Rahl-Leute ein wahres Waffenarsenal besaßen, und sich daran erinnerte, was für Urteile schon wegen Schlagstöcken gefällt worden sind.

Die „Nazi-Rächer“ können beruhigt sein. Die Abteilung Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen. Keine Großfahndung, überhaupt keine Fahndung. Keine Haftbefehle, nichts. Durch diese Art der Ermittlung konnte erst in der letzten Woche der Münchner Nazi W. Kaus, ein ehemaliger Bundeswehrunteroffizier, der mit seiner Gruppe in Gaststätten Besucher bedroht hatte, nach seiner Verurteilung untertauchen.

Während heute Regierungsstellen die eindeutige Tatsache nicht mehr leugnen können, daß die Welle von Gewalt und Terror durch Nazigruppen sprunghaft anwächst — allein



Nazi mit Maschinenpistole: ganze Arsenale besitzen die Naziterroristen, ungestraft, oder, wie jetzt in Berlin, mit sehr milden Strafen.

in Berlin wurden im ersten Halbjahr '79 fast 300 kriminelle Nazidelikte gezählt gegenüber knapp 100 im selben Zeitraum des Vorjahres — wird alles getan, eine Verfolgung der Naziterroristen zu verhindern.

Die zahlreichen Verbindungen, die die Nazis zu Regie-

rungsstellen, Polizei und Bundeswehr haben, wo ein übergroßer Prozentsatz ihrer Mitglieder und Anhänger sitzt, werden auch weiterhin Gewähr dafür sein, daß sie ihren Terror mit staatlichem Schutz ausüben können.

Portugal

## Polizei schießt auf Landarbeiter

In der portugiesischen Ortschaft Alcacar do Sul hat die Polizei am Mittwoch, dem 8. August zwei Landarbeiter durch gezieltes Feuer schwer verwundet. Die Landarbeiter hatten versucht, die Korkkerne durch den enteigneten Besitzer der Korkreihen zu verhindern. Wie im ganzen Gebiet des Alentejo kämpfen auch hier die Landarbeiter darum, die Wiederinbesitznahme enteigneter Ländereien durch die Großgrundbesitzer zu verhindern. Seit November '75 waren von der Regierung zahlreiche Enteignungen rückgängig gemacht worden, die in der großen Massenbewegung nach dem 25. April 1974 durchgeführt worden waren.

Dieser Kampf wird von den Genossenschaften, in diesem

Fall der Genossenschaft Casebres, geführt, die nach 1974 gegründet worden waren.

Der immer offener ausgeübte Terror der Polizei und Justiz gerade gegen diese Genossenschaften ist eine der wichtigsten Maßnahmen der portugiesischen Bourgeoisie in ihrer Offensive gegen die Errungenschaften der Revolution von 1974.

Deshalb ist das Gebiet des Alentejo seit Jahren eines der Zentren des Klassenkampfes in Portugal. In diesem Kampf spielt die Portugiesische Kommunistische Partei (Wiederaufgebaut), PKP(W), eine wichtige Rolle, denn keine andere Partei unterstützt den gerechten Kampf der portugiesischen Landarbeiter und Kleinbauern.

**Die Schandmauer** wird von der werktätigen Bevölkerung beider deutscher Staaten gehaßt. Seit 1961 gab es 70 Tote und 106 Verwundete. Weit über 1000 Mal wurde geschossen, meist von der Vopo, aber auch von der Westberliner Schupo. Das deutsche Volk leidet dafür, daß in unserem Land die Einflußgrenzen der Großmächte USA und UdSSR verlaufen, mit denen die Herrschenden in Ost- und Westdeutschland verbündet sind. Die Herren der DDR mußten die Mauer bauen, um zu verhindern, daß die Werktätigen aus diesem in Wirklichkeit kapitalistischen Staat flohen. Seit ihrer Gründung hat die KPD/ML in beiden deutschen Staaten den Kampf gegen die deutsche Teilung und gegen die revanchistische Hetze geführt. Die Mauer muß weg! Für die sozialistische Revolution in Ost und West! Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

## Verschiedene Unternehmer zahlen Teuerungszulage!

Maschinenbauer bei Blohm & Voss  
erhalten bis zu einer Mark mehr

Unter dem Druck der Belegschaften haben verschiedene Firmen Zugeständnisse im Hinblick auf die Forderung nach einer Teuerungszulage gemacht.

So erhalten die 5000 Beschäftigten in der Turbinenfabrik Voith in Heidenheim eine einmalige Zahlung zwischen 250 und 400 Mark. In der Gießerei Schenk in Maulbronn zahlen die Bosse einen um 35 Pfennig erhöhten Stundenlohn bzw. einen entsprechend erhöhten Akkord. Bei Blohm & Voss in Hamburg zahlt die Unternehmensleitung den 500 Maschinenbauern bis zu einer Mark mehr pro Stunde. Offiziell läuft diese Lohnerhöhung bei Blohm & Voss als Erschwerniszulage.

Der Bezirkssekretär der IG Metall in Stuttgart, Eisenmann, gab bekannt, daß in Baden-Württemberg in verschiedenen Unternehmen die Stundenlöhne um Beträge zwischen 25 und 90 Pfennig erhöht worden sind.

Die Unternehmer zahlen

diese Teuerungszulagen, weil sie Furcht vor spontanen Streiks in ihren Betrieben haben. Ein organisierter Kampf der Gewerkschaften könnte die Unternehmer natürlich zu größeren Zugeständnissen und zwar für alle Arbeiter und Angestellten zwingen. Die fortschreitende Teuerung macht die Durchsetzung einer Teuerungszulage notwendig. Andernfalls sinkt der Lebensstandard.

Der Boykott der DGB-Führung gegenüber der Nachschlagsbewegung hat große Empörung an der Basis ausgelöst. In einem Brief an den IGM-Vorstand kritisiert beispielsweise der Vertrauenskörper der IGM von Daimler-Benz in Untertürkheim die Haltung des IGM-Vorstands und bekräftigt seine Forderung nach 1000 Mark Nachschlag für alle. Bei Bosch in Reutlingen haben die Vertrauensleute 2000 Unterschriften für eine Teuerungszulage gesammelt. (Siehe auch auf Seite 2 sowie auf Seite 4).

## Massen- demonstration in Athen

Trotz Verbots durch die Regierung demonstrierten am 9. August in Athen mehrere tausend Menschen, die einem Aufruf der Gewerkschaften und verschiedener Oppositionsparteien folgten. Die Demonstration richtete sich gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung Karamanlis, die immer offener alle Lasten der Krise den Werktätigen aufbürdet. Als die Polizei die Demonstration angriff, gab es über 40 Verletzte, die Mehrzahl Polizisten. Mehrere Dutzend Teilnehmer wurden verhaftet.

## China: Kindersteuer!

Die Politik der Ausbeutung der Werktätigen durch die chinesische Regierung wird immer offener: Die Stellvertretende Ministerpräsidentin Chen Muhua erklärt jetzt in Peking, daß in Zukunft Familien mit mehr als zwei Kindern Sonderabgaben zu zahlen hätten. Bereits vor einigen Tagen war ein Betriebsleiter entlassen worden, weil er sich gegen Lohnnachteile für Kinderreiche ausgesprochen hatte.



Nagasaki nach dem 9. August 1945. Am Jahrestag der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki fanden in Japan Demonstrationen mit Zehntausenden von Teilnehmern statt. In der Bundesrepublik findet am 1. September der Antikriegstag statt. Artikel dazu siehe Seite 7.



Die PKP(R) genießt großes Vertrauen unter den Landarbeitern. Hier ziehen die Landarbeiter zur Abschlusveranstaltung des III. Parteitages der PKP(R) in die Arena ein.

## Kommentar

Mit einem Wust von Lügen und Verdrehungen zieht die kapitalistische Propaganda gegen die berechnete Forderung nach einem Lohnnachschatz zu Felde. Unter anderem heißt es da, die bundesdeutschen Kapitalisten hätten die gegenwärtige Teuerungswelle weder verursacht noch würden sie davon profitieren. An sie jetzt Lohnforderungen zu stellen, sei das gleiche, als wenn man einem Nackten in die Tasche fassen wollte.

Glaubte man dieser Propaganda, so säßen die Urheber der Preisexplosion nur im Ausland, vor allem in den OPEC-Ländern und vielleicht noch (in Form der Ölmultis) in den USA.

Auch die Mehrwertsteuererhöhung geht nicht zu ihren Lasten. Auch hier sind sie in Wahrheit die Nutznießer. Die zusätzlichen Milliarden, die der Staat dadurch einnimmt, schustert er in dieser oder jener Form stets wieder den Monopolen zu. Wer am Ende der Dumme ist, das ist keine Frage: es sind die werktätigen Massen, deren Lebensstandard sinkt.

Lächerlich ist auch das Getue, als gingen die bundesdeutschen Konzerne am Bettelstab. Sie scheffeln Profite wie kaum jemals zuvor. Das vergangene Geschäftsjahr war für das westdeutsche Monopolkapital ein Jahr hoher Umsatzsteigerungen und der Rekordprofite.

## Märchenstunde ist morgen!

Das ist lächerlich. Die Kapitalisten hierzulande sind mindestens genauso profitgierig wie anderswo. Und je nachdem, wie es die momentanen wirtschaftlichen und konjunkturellen Bedingungen gerade erlauben, treiben sie die Preise hoch. Der Preisanstieg in der Bundesrepublik war bereits im ersten Halbjahr 1979 weit stärker als 1978. Im Mai wurde die offizielle Preissteigerungsrate mit 3,7 Prozent angegeben. Schon zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich ab, daß die Lohnerhöhungen mit der Teuerung nicht Schritt halten würden. Bis dahin aber hatten sich die Öleinführen nur geringfügig verteuert.

Und auch die spätere Erhöhung der Förderpreise für das Erdöl durch die OPEC-Länder ist keineswegs die Ursache für die Preislawine in der Bundesrepublik und anderswo. Sie ist umgekehrt die Reaktion der OPEC-Länder auf die Inflation in den kapitalistischen Industrieländern und auf den Kursverfall des Dollar.

Natürlich ist es wahr, daß in den letzten Monaten die amerikanischen Ölmultis unter Ausnutzung ihrer Monopolstellung einen hemmungslosen Preiswucher betrieben und sich dabei Milliarden an Extraprofiten unter den Nagel gerissen haben. Wer aber sind die Geschädigten dieses Raubzuges? Etwa die Monopolkapitalisten in der Bundesrepublik? Von wegen! Sie, die mit den amerikanischen und britischen Ölgesellschaften verflochten sind (zum Beispiel durch Beteiligungen an deren bundesdeutschen Tochtergesellschaften) haben selbst kräftig mitkassiert.

Die Monopolkapitalisten haben immer die Möglichkeit, steigende Rohstoffpreise abzuwälzen und ihre Profite trotzdem zu erhöhen.

Auch in diesem Jahr rollt der Rubel für die bundesdeutschen Konzernherren. Beispielsweise stiegen nach Berechnungen des Westberliner Wirtschaftsforschungsinstituts DIW die Bruttoeinkommen aus „Unternehmertätigkeit“ im ersten Vierteljahr dieses Jahres um 16,3 Prozent.

Demagogisch werden von den Konzernvertretern und der Regierung „Warnungen“ an die Arbeiterschaft gerichtet. Lohnnachsätze würden eine neue wirtschaftliche Rezession und eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit hervorrufen. Dahinter steckt nichts weiter als die zynische Spekulation mit der Angst der Lohnabhängigen um ihre Arbeitsplätze.

Es ist wahr, daß in den kommenden Jahren eine neue Zuspitzung der kapitalistischen Wirtschaftskrise droht. Ja — es wird eine schlimmere Krise kommen, als die bürgerliche Propaganda eingestehen will. Diese Entwicklung aber hat nichts mit „zu hohen Lohnforderungen“ zu tun. Die Ursachen für die Krise, für Überproduktion und Arbeitslosigkeit liegen in den inneren Widersprüchen des kapitalistischen Systems begründet.

Sie liegen darin, daß die Produktion nicht an den Interessen und Bedürfnissen der Werktätigen orientiert ist, sondern am Profitstreben der Kapitalisten.

Das Geschrei, die Arbeiter würden sich ins eigene Fleisch schneiden, wenn sie sich einen Teuerungsausgleich erkämpfen, ist reiner Unfug. Das Gegenteil ist wahr. Jetzt auf einen Lohnnachschatz zu verzichten, bedeutet, das Sinken des Lebensstandards hinzunehmen. Und das, bevor noch die neue Rezession eingesetzt hat, die mit Sicherheit kommen wird.



Genossen der KPD/ML standen an vorderster Front, als es darum ging, den Kampf zur Verhinderung des provokatorischen Nazi-Aufmarsches zu organisieren. Daß die Faschisten nicht auf der Stelle verjagt wurden, hatten sie weniger der Polizei als vielmehr der DKP zu verdanken, die ihre Anhänger 500 Meter weiter versammelte und so die antifaschistische Aktion spaltete.

## Erfolg der Antifaschisten in Recklinghausen

### Erfolgreiche Aktion gegen Neonazis

Eine Abfuhr erhielten die Faschisten von der NPD am vergangenen Samstag vormittag in der Recklinghäuser Innenstadt. 150 bis 200 Antifaschisten erreichten es, daß die Faschisten bei ihrer Propaganda erheblich gestört wurden.

Mit ihrem Stand wollten die Faschisten Sympathisierung für den Bundeswehrmajor Lindner betreiben, der gleichzeitig NPD-Landesvorsitzender von Nordrhein-Westfalen ist. Die Bundeswehrzugehörigkeit dieses Faschisten hat zahlreiche Proteste der fortschrittlichen Öffentlichkeit ausgelöst; Lindner ist dadurch unter Druck geraten.

Gegen die Faschisten in Recklinghausen setzten die demonstrierenden Antifaschisten Trillerpfeifen und Lautsprecher ein. Sie riefen lautstark Parolen. Auch ein Block der Partei beteiligte sich an der Aktion. Die Genossen trugen keine Neonazi-Propaganda und eine Parteifähne. Über

Megaphon wurde eine kurze Rede gehalten. Die Antifaschisten fanden guten Anklang bei der Bevölkerung.

Die Aktion fand ihren Abschluß in einer Kundgebung und einer Demonstration, an der sich rund 300 Menschen beteiligten. Die Demonstranten forderten das Verbot aller faschistischen Organisationen. Weitere Parolen waren: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ und „Tod dem Faschismus, Freiheit dem Volk!“

Eine negative Rolle bei der antifaschistischen Aktion spielte die DKP. Sie hielt ihre Kundgebung 500 Meter weiter entfernt ab und spaltete und schwächte so den antifaschistischen Kampf. Als Begründung für ihr Verhalten brachten die DKP-Führer unter anderem vor: Auf dem Platz, wo die Faschisten ihren Stand machten, sei zu viel Polizei. — Demnach dürfte man ja gegen keine Neonazi-Propaganda mehr auftreten!

## Westberlin und München

### Haftstrafe für Neofaschisten

Am Donnerstag, den 8. August fand in Westberlin die Urteilsverkündung gegen zehn Neofaschisten statt, die den Wiederaufbau der NSDAP betrieben hatten, die faschistische Propagandamaterial hergestellt hatten und die des unerlaubten Waffenbesitzes überführt wurden. Der als „Ortsgruppenleiter“ fungierende Wolfgang Rahl wurde zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt (der Staatsanwalt hatte zwei Jahre gefordert), zwei andere „PGs“ zu achtzehn bzw. vierzehn Monaten Gefängnis, den übrigen sieben wurde die Gefängnisstrafe zur Bewährung ausgesetzt.

In München wurden fünf

NPD-Anhänger zu je ein- oder zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie im Juli 1977 in der Münchener Universität bei einer von ihnen angezeigten Schlägerei Studenten zum Teil schwer verletzt hatten. Sie wurden des Landfriedensbruchs und der schweren Körperverletzung für schuldig befunden.

Diese immer noch reichlich milden Urteile für das immer dreister auftretende faschistische Gesindel sind Ausdruck eines stärker werdenden Protests der Bevölkerung gegen das Wiederaufleben des Faschismus, denn in der Regel enden Verfahren gegen Neonazis in den meisten Fällen mit Freisprüchen.

## Brzezinski bestätigt Existenz einer Eingreiftruppe

### USA-Imperialismus zunehmend aggressiver

#### Neue Atomraketen nach Westeuropa?

Die amerikanischen Imperialisten sind entschlossen, in den europäischen NATO-Staaten, also auch in der Deutschen Bundesrepublik, Mittel- und Langstreckenraketen mit Atomsprengköpfen zu stationieren. Das geht aus einem Interview hervor, daß der amerikanische Sicherheitsberater Brzezinski dem „Stern“ gab.

„Wir haben festgestellt, daß das ost-westliche Verteidigungsverhältnis in den letzten Jahren aus dem Gleichgewicht geraten ist“, sagte Jimmy Carters Sicherheitsberater und führte weiter aus, daß es in Abstimmung mit den Europäern korrigiert werden müsse. Die immer dichtere Stationierung von Atomraketen in Westeuropa hat mit der Sicherheit der europäischen Völker nicht das geringste zu tun. Sie richten sich vielmehr gegen die Sicherheitsinteressen der Völker, denn nur sie haben unter einem atomaren Schlagabtausch in Europa zu leiden.

Die amerikanische Ankündigung zeigt außerdem, daß der amerikanische Imperialismus mit zunehmender Aggressivität seine weltweiten Ziele verfolgt. Im Rahmen des Sterninterviews

bekräftigte Brzezinski die Absicht der Amerikaner, „unsere und die Interessen unserer Freunde in Krisenherden, in denen wir keine Soldaten stationiert haben, effektiv wahrzunehmen.“ Zu diesem Zweck sei schon vor zwei Jahren vom Präsidenten die sogenannte „Rapid Development Force“ (Schnelleinsatztruppe) eingerichtet worden.

Dies alles im Zusammenhang mit den fortwährenden Kriegsdrohungen gegen die arabischen Ölstaaten gesehen beweist eindeutig, daß das amerikanische Monopolkapital lieber einen weltweiten Krieg unter Einbeziehung von atomaren Vernichtungswaffen riskieren würde, als sich seine gigantischen Profite, die es zum großen Teil aus dem Ölgeschäft erzielt, schmälern zu lassen.

## Nordrhein-Westfalen

### Offizielle Hetze gegen arbeitslose Lehrer

#### Bald 20 000 auf der Straße

Die Haltlosigkeit der Hetzkampagne gegen arbeitslose Lehrer in Nordrhein-Westfalen mußten nun die Verantwortlichen selbst eingestehen. Der Regierungspräsident in Münster, Erwin Schleberger, gab bekannt, daß es entgegen seinen früheren Äußerungen zum Schuljahresbeginn 1979/80 in den Städten des Ruhrgebiets für Lehrer keinen einzigen freien Arbeitsplatz mehr gibt.

Vor einigen Wochen hatte Schleberger noch erklärt, daß junge Lehrer und Lehrerinnen angebotene Arbeitsplätze abgelehnt hätten. Sie hätten sich geweigert, in Städten wie Bottrop und Gelsenkirchen zu arbeiten. Die entsprechenden Stellen — so Schleberger — hätten daher nicht besetzt werden können.

Mit dieser Erklärung suchte Schleberger den Eindruck zu erwecken, als seien die Lehrer selbst an ihrer Arbeitslosigkeit und an den schlechten Verhältnissen in den Schulen schuld: an den allenthalben fehlenden Lehrkräften, an den überfüllten Klassen, an den schlechten Lernbedingungen. — Die Massenmedien griffen Schlebergers Äußerungen begierig auf, schlachteten sie aus und suchten die berechtigte Empörung der Bevölkerung über die Schulsituation auf die arbeitslosen Lehrer abzulenken.

Auf Schlebergers Erklärung hin bot im Gegenzug die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ihre Unterstützung bei der Besetzung der offenen Arbeitsplätze an. Die GEW wollte arbeitslose Lehrer aus anderen Bundesländern besorgen. Doch der Vorschlag kam den nordrhein-westfälischen Kultusherren gar nicht recht. — Schleberger mußte das GEW-Angebot ablehnen mit der Begründung: In Nordrhein-Westfalen seien alle Lehrer-Arbeitsplätze bereits besetzt.

Die GEW schrieb daraufhin an Schleberger: „Sie haben eine bundesweite Diffamierung der jungen Lehrerinnen und Lehrer durch Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen bewirkt. In weiten Kreisen der Bevölkerung ist die angebliche Weigerung der jungen Lehrerinnen und Lehrer, in Städten

des Ruhrgebiets zu arbeiten, mit Empörung aufgenommen und mit entsprechenden Kommentaren gegenüber der Lehrerschaft allgemein versehen worden.“

Die Zahl der arbeitslosen Lehrer wird nach Angaben der GEW zu Beginn des neuen Schuljahres die Zahl von 20 000 erreichen. Die Zahl war bereits von 13 000 im Frühjahr 1978 um 30 Prozent auf 17 000 angestiegen. Die Zahl der kurzarbeitenden Lehrer — der Lehrer ohne Planstelle — stieg im gleichen Zeitraum um 130 Prozent von 15 000 auf 35 000. Die meisten Bundesländer versuchen gleichzeitig, mit Hilfe von Teilzeit- und befristeten Arbeitsverträgen und längeren Wartezeiten die Lehrerbearbeitungslosigkeit zu verschleiern. So wurden in Nordrhein-Westfalen offiziell alle 11 340 Lehrer eingestellt. Von ihnen aber unterrichten bereits 4 700 Grund- und Hauptschullehrer seit Februar mit halber Stundenzahl und 5 070 erhalten in diesem Jahr nur Zweidrittelverträge.

Gleichzeitig sind die Schulklassen in der Bundesrepublik noch immer größer als es etwa dem Niveau der Europäischen Gemeinschaft entspricht. Klassen mit 38 bis 40 Schülern sind keine Seltenheit.

## Zitat der Woche

„Als Frachtflugzeug kann sie 170 000 Pfund Fracht über 4 300 Meilen weit transportieren. Damit können die USA jetzt Kampftruppen und deren Nachschubpersonal und -ausrüstungen überall dorthin auf der Erde schicken, wo sie gebraucht werden.“ (Aus einer Anzeige des amerikanischen Flugzeugkonzerns McDonnell Douglas, die für eine DC-10-A-Maschine wirbt).

## Aus dem Inhalt

|                                                               |    |
|---------------------------------------------------------------|----|
| Atomkraft: Der neue Dreh der alten Herren .....               | 3  |
| Aus dem Brief eines Vertrauenskörpers .....                   | 4  |
| Abprache gegen Lohnnachschatz getroffen .....                 | 4  |
| „Roter-Morgen“-Prozeß ..                                      | 7  |
| Brief der KP Mexikos/ML ..                                    | 10 |
| 3. Internationales Jugendlager erfolgreich durchgeführt ..... | 11 |

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600 — 461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

# Atomkraft: Der neue Dreh der alten Herren

In den bisherigen drei Teilen unserer Serie über die sogenannte Energiekrise hatten wir gezeigt, daß die gesamte Energiewirtschaft genauso von der Jagd nach Maximalprofit beherrscht wird, wie jeder andere Wirtschaftszweig im Kapitalismus auch. Jedesmal, wenn die Politik der anglo-amerikanischen Ölkonzerne eine Knappheit an Öl provoziert hat, ist in den letzten Jahren der Ruf der Monopolherren nach Atomenergie laut erschallt. Und offensichtlich mit einer gewissen Wirkung. Zufrieden stellten kürzlich Meinungsforschungsinstitute fest, die Befürwortung von Atomkraftwerken in der Bevölkerung habe seit Jahresbeginn um 10 Prozent zugenommen.

## Serie **Energiekrise und Imperialismus**

### Atomkraft — keine Alternative!

Die Argumente, mit denen die amerikanischen Finanzkapitalisten in den sechziger Jahren versuchten, die bundesdeutschen heute versuchen, die Notwendigkeit der Atomenergie zu beweisen, sind dieselben.

Zunächst heißt es, ohne Atomkraftwerke gingen die Lichter aus. Schon im ersten Teil unserer Serie haben wir gezeigt, daß dies eine Lüge ist, daß, im Gegenteil, die Vorräte an Uran minimal sind im Vergleich zur Kohle und wesentlich geringer als Erdöl. Weiter ist es eine Tatsache, daß die Kernenergie nur zur Stromerzeugung eingesetzt werden kann, die in den westlichen Ländern nur einen Anteil zwischen 12 und 15 Prozent des Energiebedarfs darstellt, und schon von daher niemals Öl ersetzen kann.

Das zweite Argument der Kapitalisten in ihrer Propagandakampagne für Atomstrom lautet, er sei billiger als anderer Strom. Nun ist es so, daß der Strom seit Einführung der AKWs nicht billiger, sondern teurer geworden ist. Werktätige bezahlen für ihren Strom 16 Pfennig pro Kilowattstunde, Industriebetriebe 9,5 Pfennig. Bereits 1973 war zum Beispiel Strom aus Erdgas billiger als Atomstrom, der immer teurer wird.

Innerhalb eines Jahrzehnts, von 1966 bis 1975 stiegen die Baukosten für ein AKW um 244 Prozent! Die Kosten für den Uranbrennstoff stiegen in derselben Zeit um über 20 Prozent. Die Anteile der Kapitalkosten beim Bau von AKWs stiegen in 10 Jahren von 49,9 auf 77,1 Prozent. Das ist ein Beweis dafür, daß die Energiemonopole auf Profitjagd gehen und versuchen, immer mehr aus dem AKW-Bau herauszuholen. Und auch der Profit beim Betrieb von AKWs ist ungleich höher als bei anderen Kraftwerken. Um die selbe Menge Strom zu erzeugen, wie ein Kohlekraftwerk, benötigt man in einem AKW nur 12 Prozent der Belegschaft.

Damit ist auch ein weiteres Argument der Monopolherren, AKWs würden Arbeitsplätze sichern, entkräftet. Im Gegenteil. Nicht nur auf die Werktätigen der Kraftwerke kommt durch die Atomprogramme eine Rationalisierungswelle großen Ausmaßes zu, sondern der Abbau der Belegschaft der Steinkohlezechen wird weitergehen. Auch das Argument, AKWs bedeuteten nationale

Unabhängigkeit bei der Energieversorgung ist, zumindest für die Bundesrepublik, frei erfunden. Die AKWs sind abhängig von der Lieferung solcher Länder wie USA und UdSSR.

Obwohl also die Propaganda für AKWs auf sehr schwachen Beinen steht und leicht durchschaubar ist, wird sie mit einem Aufwand sondersgleichen betrieben. Der staatliche Machtapparat wird mobilisiert, wie ansonsten nur bei der Rüstungsindustrie, um diese Interessen durchzusetzen. Der Grund liegt ganz einfach darin, daß es die größten und wichtigsten Finanzgruppen der kapitalistischen Länder sind, die sich der neuen Profitquelle Atom angenommen haben.

### Atomwirtschaft: Profitquelle der mächtigsten Finanzgruppen!

Weltweit haben die amerikanischen Monopole den größten Anteil an der Atomwirtschaft. Und hinter diesen Monopolen stehen dieselben Finanzgruppen, wie in anderen Bereichen der Energiewirtschaft auch. Daß es keineswegs zutrifft, was etwa die sowjetische Propaganda behauptet, es seien die Ölmagnaten, die die Kampagne gegen AKWs steuern würden, zeigt ein kurzer Blick auf die USA. Dort ist es insbesondere die Finanzgruppe der Mellons, die stark im Atomgeschäft engagiert ist. Mit ihrer „Westinghouse Electric Company“ bestreiten sie 42 Prozent der US-AKW-Produktion. Über ihr Flaggschiff „Gulf Oil“ verfügen sie außerdem über den drittgrößten amerikanischen Konzern der Branche, die „General Atomic Company“. Die Rockefeller/Morgan Gruppe gründete eigens für das Atomgeschäft

Mit einem Riesenaufgebot an Polizeikräften, Bundesgrenzschutz und Bürgerkriegsmaterial sucht der Staat sein Atomprogramm gegenüber der empörten Bevölkerung durchzu-

setzen. Das Bild zeigt den Polizeiaufmarsch gegen eine Demonstration gegen den im Bau befindlichen „Schnellen Brüter“ in Kalkar.

die „Exxon Nuclear Company“ die heute 25 Prozent aller Brennstoffe für amerikanische AKWs liefert und fast die Hälfte der amerikanischen Uranerzvorkommen besitzt. Und auch in der Bundesrepublik sind es die mächtigsten Finanzgruppen, die im Atomgeschäft führend sind. In unserem Land gibt es rund 1100 Energieversorgungsunternehmen, wovon ungefähr 20 die Branche beherrschen. Etwa 500 Konzerne verschiedener Branchen sind in AKWs tätig, darunter auch verschiedene US-amerikanische. Unter den führenden Kräften der westdeutschen Atomindustrie sind alle 6 Großbanken und die drei größten Versicherungsgruppen ebenso vertreten, wie die größten Elektromonopole, Strommonopole, Baukonzerne und der Maschinenbau.

Da ist zum einen die Siemens-Gruppe, die mit ihrer „KWU“ 90 Prozent des westdeutschen AKW-Baus beherrscht. Über ihre „Allgemeine Verwaltung für Industriebeteiligungen“ kommandiert diese Gruppe auch die „Metallgesellschaft AG“, die wiederum führend ist bei zwei der wichtigsten westdeutschen Uranerzgesellschaften, der „NUKEM“ und der „Uranengesellschaft“. Über ihre Beteiligung an der „Allianz“ und der „Bayerischen Landesbank und Girozentrale“ und die Zusammenarbeit mit den Großbanken, hat sie auch auf dem Finanzmarkt für AKWs entscheidenden Einfluß.

Die zweite der großen westdeutschen Finanzgruppen, die hier eine führende Rolle spielen, ist die der rheinischen Bankiers Wehrhahn und ihrer Partner vom Bankhaus Oppenheimer. Diese Gruppe, eine der

allermächtigsten und zugleich unbekanntesten in der Bundesrepublik, ist der einzige private Großaktionär des Stromgiganten „Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk“. 10 Prozent der Aktien dieser Nummer 1 der Stromlieferanten sind in ihrem Besitz. Das RWE ist an 35 Firmen beteiligt, darunter ein halbes Dutzend Holdinggesellschaften, die ihrerseits über 100 Firmen kommandieren. Darunter sind nahezu alle Energieversorgungsunternehmen, die AKWs betreiben. Das RWE direkt verfügt über ca. 40 Prozent des westdeutschen Atomstroms, indirekt gibt es kein AKW ohne RWE.

Die Gruppe Wehrhahn/Oppenheimer, die auch größter Privataktionär der Commerzbank ist, verfügt über das Kommando bei der Hochtief AG, die ungefähr 30 Prozent Marktanteile bei den AKW-Bauten hat, über ihre RWE-Firma „Rheinische Braunkohlewerke“ kommandiert sie die „Gesellschaft für Uranerzbergbau“ und über die „Gesellschaft für Energiebeteiligungen“ ist sie an der „STEAG“ beteiligt.

Diese Gruppe von Finanzmagnaten, entstanden aus dem Bündnis der Milliardärsippe der Wehrhahns aus Neuß mit dem Bankhaus Oppenheimer zu Köln hat in der Geschichte der Bundesrepublik besonders große Tradition darin, klammheimlich wichtige staatliche Stellen zu besetzen. In Zusammenarbeit mit ihnen wurde der damalige Kölner Oberbürgermeister Adenauer Multimillionär und später Bundeskanzler. Sowohl zur Familie Adenauer bestehen engste verwandtschaftliche Beziehungen, als auch zu Heinemanns und zum Kardinal Frings.



Der ehemalige Atomminister Strauß beugt sich über das erste Reaktor-Modell für die Bundesrepublik und begutachtet es.

Die Tatsache, daß es fast alle wichtigen Finanzgruppen sind, die am Atomgeschäft beteiligt sind (unter mehreren anderen auch die Haniels mit der Gutehoffnungshütte und MAN) ist auch der Grund dafür, weshalb hier der Staatsapparat so offen im Dienst der Monopole eingesetzt wird.

### Der Staat organisiert — die Monopole kassieren!

Das Energieprogramm der Bundesregierung ist, so deutlich wie kaum ein anderes Gesetz, hinter den Türen der Konzernzentralen entstanden. Alle Bedarfsberechnungen der Energiemonopole und ihrer Institute wurden direkt übernommen. Im 73er Programm wurden 50.000 Megawatt Atomstrom für nötig gehalten, in den Jahren danach, als die Monopole Absatzschwierigkeiten bei Strom hatten, wurden es weniger, 1977 waren es noch 30.000 Megawatt.

Auch bei der Durchführung des Atomprogramms haben staatliche Stellen eine führende Rolle übernommen. Mehr als ein Dutzend Spitzenbeamte des Ministeriums für Forschung und Technologie sitzen gemeinsam mit den Vertretern der wichtigsten Finanzgruppen in den leitenden Gremien der Forschungsanstalten in Jülich, in Karlsruhe, im Hahn-Meißner-Institut und so weiter.

Im März 78 war der Staat, Bundesregierung und Länderregierungen, an allen 27 bestehenden und geplanten AKWs beteiligt, sei es über die VEBA AG, sei es über die Aufsichtsräte der Energiegesellschaften wie Preußenelektra, Bayernwerk, Badenwerk, HEW und NWK. Mehr als zwei Dutzend Beamte, vom Ministerialdirektor aufwärts saßen dort in den Aufsichtsräten, oder hatten den Vorsitz. Staatliche Beteiligungen an den Erzgesellschaften und den Brennstoffherstellern wie „Uranengesellschaft“, „Uranit“, „KEWA“ sind genauso selbstverständlich, wie die Festlegung, daß der Staat grundsätzlich 60 Prozent der Erzforschungskosten trägt, real aber bis heute 100 Prozent bezahlte.

Staatlich bezahlt werden auch die Ausfallkosten. Da die Ausfallquote bei AKWs extrem hoch ist, zwischen 40 und 50 Prozent, und ein einziger Ausfalltag durchschnittlich 35.000 Mark kostet, kann man weitere

rund 500 Millionen Steuergelder zu den 1.000 Millionen, die jährlich den Monopolen für Forschung zur Verfügung gestellt werden, hinzurechnen.

Die Energiemonopole, die im letzten Jahr 14 Milliarden Mark vom Staat kassierten, bekamen davon den größten Teil, allein rund 4 Milliarden, für das Atomgeschäft.

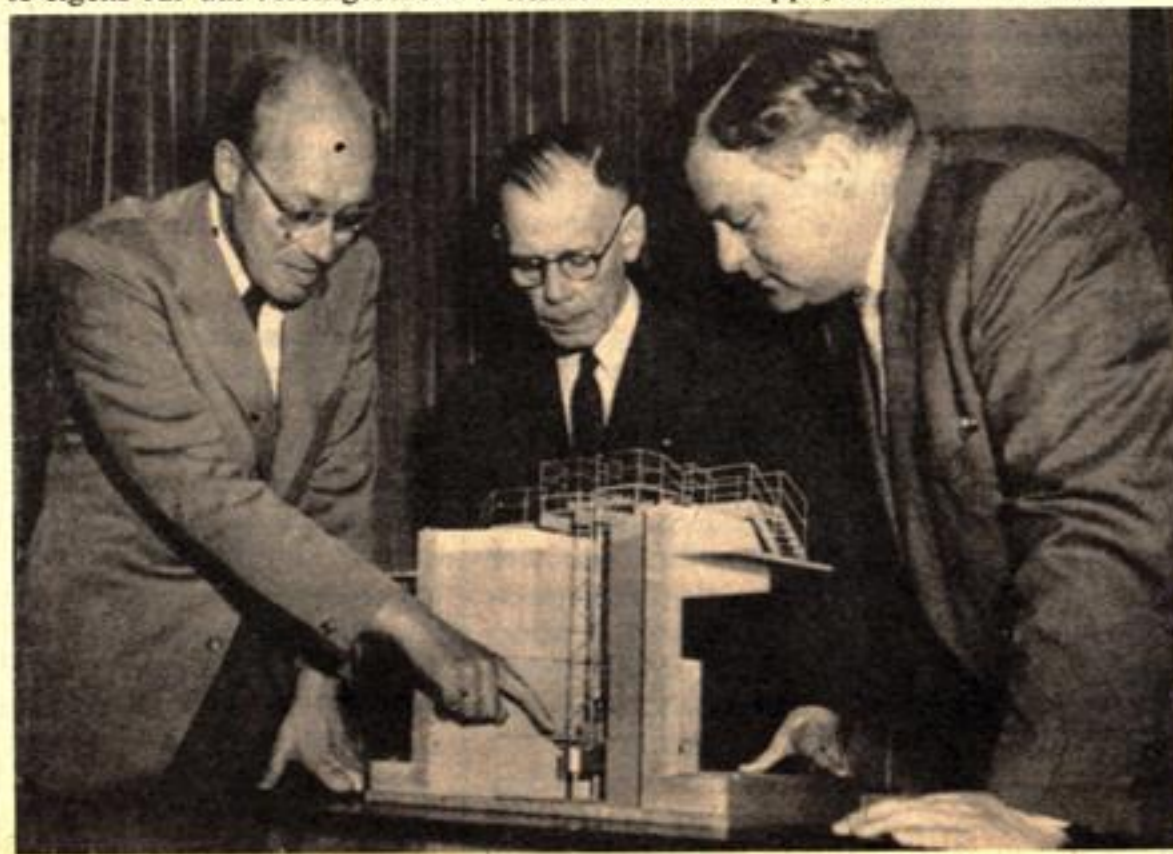
Die politische Zusammenarbeit von Kapitalisten mit ihren Politikern wird schließlich sichtbar am „Deutschen Atomforum“, der Zentrale für die AKW-Propaganda. Dort sitzen die Minister für Inneres, Forschung und Wirtschaft zusammen mit einem halben Hundert Spitzenbeamten, Ministerpräsidenten und Wirtschaftsministern von Ländern, Gewerkschaftsführern, Vertretern großer Monopole, Kapitalistenverbänden, Versicherungsvertretern, Bankvertretern und so weiter, einschließlich dem TÜV und den Forschungsgemeinschaften. Der Vorsitzende dieses zentralen Gremiums: Prof. Dr. Heinrich Mandel, Vorstand des RWE. Neben der Notwendigkeit, Kapital zu beschaffen und das Programm zu organisieren gibt es aber noch einen weiteren Grund für das starke staatliche Engagement beim AKW-Bau:

### Im Hintergrund: Die Atombombe!

Von Beginn an war der Bau von AKWs eng mit militärischen Fragen verbunden. Ursprünglich war in den USA das AKW-Programm sogar „der Weg, dem Menschen die Angst vor der Atombombe zu nehmen“, wie Präsident Eisenhower 1953 bei der Vorstellung des ersten US-Atomprogramms betonte.

Die Anreicherung und Wiederaufbereitung von Uran und vor allem Plutonium, schafft die Möglichkeit, relativ leicht Atombomben zu bauen. Militärische Interessen waren es, die die sehr enge Zusammenarbeit der westdeutschen Regierung, bzw. westdeutscher Firmen, darunter viele mit staatlichem Anteil, mit den Regimes der faschistischen Generäle Brasiliens und der südafrikanischen Rassisten zur Folge hatten.

Sichere Uranerzversorgung ist ein wesentliches Ziel des Atomgeschäfts mit Brasilien. Die Beteiligung an der Rössing-Uranmine in Namibia, offiziell aufgegeben, wird durch einen Vertrag mit der „Rio Tinto Zinc“ weitergeführt.



Der ehemalige Atomminister Strauß beugt sich über das erste Reaktor-Modell für die Bundesrepublik und begutachtet es.

Opel Rüsselsheim

## Atila Özgüç aus IG Metall ausgeschlossen

### IGM-Vorstand bestätigt Ausschlußempfehlung gegen türkischen Betriebsrat

Für einen großen Teil der türkischen Arbeiter bei den Opelwerken in Rüsselsheim, aber auch für viele deutsche Kollegen, ist Atila Özgüç ein Gewerkschafter und Betriebsrat, wie er sein soll: aktiv, kämpferisch und unbestechlich. Ein mutiger Kollege, der schon oft ohne Rücksicht auf sich selbst gegen die Unternehmer und sonstigen Feinde der Arbeiterschaft Front gemacht hat.

Vor kurzem war Atila Özgüç der einzige Arbeitervertreter bei Opel Rüsselsheim, der öffentlich der niederträchtigen Hetze gegen die türkischen Opel-Arbeiter in Rüsselsheim entgegengetreten ist, die durch den Rüsselsheimer Magistrat und die Tageszeitung „Rüsselsheimer Echo“ betrieben wurde (siehe auch RM Nr. 30 vom 27. Juli 1979, Seite 4).

Jetzt erhielt Atila Özgüç vom Vorstand der IG Metall die Empfehlung, daß er wegen „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens“ aus der IGM ausgeschlossen wurde. Die Bonzen werfen dem Kollegen vor, daß er bei der Betriebsratswahl im vergangenen Jahr auf der Liste „Arbeiteropposition“ gemeinsam mit zwei revolutionären deutschen Arbeitern kandidiert hat. In dem Schreiben des IGM-Vorstands wird Atila Özgüç außerdem vorgeworfen,

er habe „die IG Metall in diffamierender und beleidigender Form angegriffen“.

Merkwürdig an dieser Begründung ist nur, daß es bei der Betriebsratswahl praktisch zwei IGM-Listen gegeben hat. Außer der offiziellen Liste der IGM gab es „Alternative '78“, deren Kandidaten mehrheitlich IGM-Mitglieder waren. Gegen die Kandidaten dieser Liste wurden jedoch keine Ausschlußverfahren eingeleitet. Vielleicht, weil sie keine Kritik an der Politik der Gewerkschaftsführung üben, weil diese Liste eigentlich nur dem Namen nach eine „Alternative“ zu gewissen etablierten Bonzen im Betriebsrat ist?



Was die Frage der angeblichen Beleidigungen und Diffamierungen gegenüber der IG Metall betrifft, so ist das schlicht und einfach Unfug. Atila Özgüç hat wohl häufig Kritik an der Politik und dem Verhalten der IGM-Führung geübt. Aber heißt das, die IG

Metall anzugreifen? Das kann man höchstens vom Standpunkt eines Gewerkschaftsbonzen wie Loderer behaupten, der so tut, als sei er die IG Metall.

Wenn jemand die IG Metall diffamiert hat, so war es beispielsweise Herr Loderer, als er während des Stahlarbeiterstreiks die Vertrauensleute und Betriebsräte und sonstigen aktiven Gewerkschafter und Streikführer als „Chaoten“ beschimpfte, weil sie in Mülheim während der Sitzungen der Großen Tarifkommission mehrfach gegen einen faulen Kompromiß demonstrierten.

Wenn jemand gewerkschaftsschädigend handelt, so ist es jetzt der IGM-Vorstand, weil er gemeinsam mit den Unternehmern gegen die berechnete Forderung nach einem Lohn-Nachschlag Front macht!

Atila Özgüç hat gegen seinen Ausschluß beim Kontrollausschuß der IG Metall Beschwerde eingelegt. In seinem Begründungsschreiben erklärt der klassenkämpferische Betriebsrat unter anderem:

„Meine eigene Arbeit, mittlerweile als Betriebsrat, führe ich nach dem obersten Grundsatz durch, ob es meinen Kollegen nützt oder nicht. Dies ließe sich von Ihnen sehr leicht nachprüfen. Ich nehme mir allerdings auch das Recht heraus, öffentlich falsche Entscheidungen der IGM zu kritisieren. Mir zeugt es von einem sehr merkwürdigen Demokratieverständnis, wenn dies für gewerkschaftsschädigend gehalten wird.“

Kein fortschrittlicher Gewerkschafter kann befürworten, daß ein klassenkämpferischer türkischer Betriebsrat, der sich nicht den Mund verbieten läßt, als „Gewerkschaftsfeind“ diffamiert und ausgeschlossen wird. **Schluß mit derartigen gewerkschaftsschädigenden Ausschlußpraktiken! Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!** Kollege Özgüç muß Mitglied der IG Metall bleiben!



Beide unter einem Hut, Schmidt und Vetter

### Absprache gegen Lohn-Nachschlag getroffen

## Geheimtreffen zwischen DGB-Führern und Bundeskanzler Schmidt

### Ein Pakt gegen die Arbeiterschaft

Was bereits am Montag vorletzter Woche im geheimen stattgefunden hatte, brachte in der vergangenen Woche das Magazin „Der Spiegel“ an die Öffentlichkeit: Führende DGB-Bonzen mit dem DGB-Chef Vetter an der Spitze trafen in Bonn unter dem Mantel der Verschwiegenheit zu einer Konferenz mit Bundeskanzler Schmidt zusammen.

Neben Vetter haben folgende DGB-Spitzenbonzen an dem Geheimtreffen teilgenommen: Alois Pfeiffer, für Wirtschaftspolitik zuständiges Mitglied des DGB-Bundesvorstands; ferner die Gewerkschaftsvorsitzenden Hauenschild (IG Chemie), Klunker (ÖTV) und Sperner (IG Bau). Auch IGM-Vorsitzender Loderer war geladen, mußte jedoch wegen eines unaufschiebbaren Termins beim Arzt absagen.

Aus dem Bericht des Spiegel und anderer Presseorgane geht hervor, daß die DGB-Führer gegenüber Helmut Schmidt vor allem zwei Zusicherungen gemacht haben. Erstens wollen sie ihm Rückendeckung geben für die Bonner Atompolitik. Dies speziell auch auf dem anstehenden SPD-Parteitag, auf dem Auseinandersetzungen über das Atomprogramm erwartet werden. Zweitens versprachen die DGB-Führer, daß sie weiterhin die Forderung nach einem Lohn-Nachschlag boykottieren wollen.

„Der Spiegel“ schreibt, die DGB-Spitzenfunktionäre hätten

zugelassen, auch weiterhin zu versuchen, „dem Drang der Basis nach einem Lohnnachschlag zu widerstehen, weil sie einsehen, daß sie über die Löhne die Mehrbelastungen der Arbeitnehmer aus den gestiegenen Heizöl- und Benzinpreisen nicht voll hereinholen dürfen“.

Dieses Geheimtreffen ist ein sehr klarer Ausdruck der reaktionären Politik der DGB-Führung, die darin besteht, den Willen der Masse der DGB-Mitglieder und der fortschrittlichen Funktionäre zynisch mit Füßen zu treten und ihre Interessen zu verraten. Es ist die Politik der Klassenzusammenarbeit, der Kumpanei mit der Regierung und den Kapitalisten. Die Vetter, Klunker und Konsorten haben einen Pakt mit dem reaktionären Sachwalter der Monopolkapitalisten, Helmut Schmidt, geschlossen. Einen Pakt gegen die Arbeiterschaft und ihre Forderungen.

Die Arbeiterklasse kann es sich nicht leisten, daß in ihren Gewerkschaften eine Führung am Ruder bleibt, die offen mit den Feinden der Arbeiter und

der Gewerkschaftsbewegung paktiert. Denn wir müssen den schweren Angriffen der Kapitalisten und ihrer Bonner Staatsmacht auf unseren Lebensstandard, auf die Arbeitsplätze, auf grundlegende soziale und politische Rechte begegnen. Der Kampf gegen diese Gewerkschaftsführung und gegen die Politik der Klassenzusammenarbeit muß vorangetrieben werden.

Es ist notwendig, überall in den Gewerkschaften die Empörung und den Protest der Kollegen gegen das Geheimtreffen und die dabei getroffenen arbeitserfindlichen Absprachen zusammenzufassen und zum Ausdruck zu bringen. Zum Beispiel durch entsprechende Entschlüsse auf Mitgliederversammlungen, Vertrauensleutesitzungen, Belegschaftsversammlungen usw. Es ist notwendig, die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu stärken, sie überall aufzubauen, damit der Verrat der DGB-Führung erfolgreich bekämpft werden kann.

### Empörung über IGM-Führer bei den Arbeitern

## „Die müßten mal wieder im Betrieb arbeiten...“

### Aus dem Brief eines IGM-Vertrauenskörpers

In der vorletzten Ausgabe des „Roten Morgen“ berichteten wir darüber, daß der Hauptvorstand der IG Metall den Antrag der drei Großen Tarifkommissionen aus Baden-Württemberg auf Kündigung des Tarifs über „betriebliche Sonderzahlungen“ („13. Monatsgehalt“) abgeschmettert hat. Wie groß die Empörung ist, mit der dieser Beschluß der IGM-Führung und ihr Boykott an der Forderung nach einem Lohn-Nachschlag von den Metallarbeitern aufgenommen wurde, davon zeugt ein Brief des Vertrauenskörpers der IG Metall in der Firma EGO Elektrogeräte in Oberdingen (Baden-Württemberg) an den Hauptvorstand der IGM. In dem Elektrogerätekern sind 4000 Menschen beschäftigt.

In dem Brief heißt es eingangs: „Mit tiefer Bestürzung haben wir Euren Beschluß zu unseren Forderungen zur Kenntnis genommen. Wir können eine solche Haltung bzw. Beschlußfassung nicht verstehen und bitten Euch dringend, diese Sache neu zu überdenken und den Beschluß rückgängig zu machen.“

Die Vertrauensleute schildern dann in dem Brief ausführlich die gegenwärtige Lage im Betrieb. Die Werksleitung verlange ständig Überstunden von nahezu der gesamten Belegschaft. Es herrsche ein Leistungsdruck, „der Ausmaße annimmt, wie sie noch nicht dagewesen sind“.

Die Vertrauensleute weisen auch darauf hin, daß es sehr schwierig ist, gegen die Überstundenknüppelei anzukämpfen, weil die Kollegen infolge steigender Lebenshaltungskosten verstärkt auf den Mehrverdienst aus Überstunden angewiesen sind.

Des weiteren heißt es in dem Brief: „Um Euch ein Stimmungsbild aus dem Betrieb zu vermitteln, möchten wir Euch mitteilen, wie unsere Kolleginnen und Kollegen diskutieren:

- Wenn die Unternehmen sagen: Die Kosten sind gestiegen, wir müssen die Preise erhöhen, sagt niemand etwas; wenn wir sagen, unsere Kosten sind gestiegen und der Preis für unsere Arbeit muß steigen, ist der Vorstand unserer eigenen IG Metall dagegen;
- Wenn ihr so kommt, dann kommt ja nicht mit satzungsgemäßem Beitrag!
- Fängt die Wahlkampfhilfe für die SPD jetzt schon an?
- Die Gewerkschaftsbosse können gut solche Beschlüsse fassen, bei den Gehältern merken sie es ja nicht;
- Die müßten auch mal wieder im Betrieb arbeiten, damit ihnen klar wird, wen sie zu vertreten haben.

Wir schreiben Euch das alles nicht, um Euch anzugreifen bzw. zu beleidigen. Wir wollen Euch nur schreiben, was wir in den letzten Tagen im Betrieb erlebt haben.“

### Arbeiterinnen bei Derndruck streikten mit Erfolg

## Kündigungen mußten zurückgenommen werden!

### Frauen wehren sich gegen besondere Ausbeutung

40 Frauen in der Abteilung Kleberei bei Derndruck, einer Spezialfabrik für Faltschachteln in Neu-Isenburg (Hessen) haben ein großes Beispiel an Arbeitersolidarität und Kampfbereitschaft geliefert. Durch einen Streik erzwangen sie die Wiedereinstellung von vier Kolleginnen, die von der Geschäftsleitung gefeuert worden waren.

Bei Derndruck sind 240 Menschen beschäftigt. Ein großer Teil von ihnen sind Frauen. Die Bosse beuten die Arbeiterinnen noch rücksichtsloser aus als die männlichen Kollegen. Die Frauen müssen zum Teil eine sehr schwere Arbeit machen, werden aber noch schlechter als die Männer bezahlt.

In der Abteilung Kleberei besteht die Arbeit der Arbeiterinnen darin, die fertigen Kartons, die von der Klebemaschine ausgestoßen werden, abzunehmen und zu verpacken.

Ein Arbeiter aus der Stanzerie erzählt, er sei erschüttert über die Schinderei, der seine Kolleginnen an der Klebemaschine unterworfen sind: „Vorbeugen, den Packen Schachteln heben, und mit diesem Gewicht den Körper seitwärts drehen. Und das in dem einförmigen, unbarmherzigen Rhythmus, der von

der Maschine diktiert wird.“ Es sind Packen mit einem Gewicht bis zu sechs Kilo abzunehmen. Oft schneidet das scharfkantige Verpackungsmaterial den Arbeiterinnen schmerzhaft in die Hände.

Für die Belegschaft bei Derndruck spielt die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ eine wichtige Rolle. Einerseits weil die Frauen so stark benachteiligt werden. Als zum Beispiel an der Klebemaschine zeitweise die Arbeit von Männern gemacht werden mußte, erhielten diese eine Mark mehr in der Stunde als die Frauen. Zum zweiten aber werden auch die ungelerten Arbeiter sehr niedrig bezahlt. Die Schere zwischen ihrem Lohn und dem der Facharbeiter klappt stark auseinander.

Ende letzten Jahres gelang es dem Betriebsrat, für die sogenannten „Hilfskräfte“ eine

Lohnanhebung auszuhandeln. Sie belief sich einschließlich einer Leistungszulage auf 60 Pfennig. Inzwischen zeigte sich jedoch, daß die Derndruck-Bosse einen Teil der Kolleginnen um diese Lohnanhebung zu prellen versuchten. In der Kleberei kamen nur 6 von 40 Frauen in den Genuß der Anhebung.

Empörung und erregte Diskussionen waren die Reaktion der Arbeiterinnen an der Klebemaschine. Der Abteilungsleiter herrschte in diesem Zusammenhang die Frauen an: „Bringt erst mal mehr Leistung, wenn ihr mehr wollt...“ Diese bodenlose Unverschämtheit war für vier Kolleginnen einfach zuviel. Sie gingen nach Hause. Für die Firmenleitung ein Anlaß, ihnen die Kündigung zu geben. Die Herren hatten jedoch die Solidarität unter den Arbeiterinnen unterschätzt.

Am 10. Juni standen morgens die Räder in der Abteilung Kleberei still. Die 40 Kolleginnen waren in den Streik getreten. Ihre Forderung: Sofortige Zurücknahme der Kündigung der vier Kolleginnen. Nach zwei Tagen Streik sahen sich die Derndruck-Bosse gezwungen, nachzugeben. Die Entlassungen wurden rückgängig gemacht.

Das ist ein großer Erfolg. Die Herren von der Firmenleitung mußten lernen, daß sie mit Arbeiterinnen nicht umspringen können wie mit Sklaven. Die Kolleginnen haben ihre Kraft erfahren. Zwar sind die Forderungen nach einer gerechteren und besseren Entlohnung noch nicht erfüllt. Aber mit ihrem Kampf für die Rücknahme der Kündigungen haben die Arbeiterinnen ihren Zusammenhalt und ihr Selbstbewußtsein gestärkt. Und damit sind die Bedingungen für die Durchsetzung der Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ günstiger geworden.

## 250 auf der Straße

# Bosse ergauern 2,5 Millionen Mark

Ist Ministerpräsident Zeyer beteiligt?

Als die rund 250 Beschäftigten der „Sarinco Möbel GmbH“ in Alweiler, Kreis St. Wendel (Saarland), aus ihrem zweiwöchigen Betriebsurlaub zurückkehrten, war der Betrieb dicht. Dabei waren sie schon ohne Urlaubsgeld in die Ferien gefahren, und der Lohn für Juni war auch noch nicht ausgezahlt.

Nun ist schon die klammheimliche Schließung eines Betriebes mitten im Urlaub bei ausstehenden Lohnzahlungen und ohne Sozialplan skandalös genug, doch bei den Sarinco-Inhabern kommt es noch dicker.

Im Frühjahr 1978 erhielt eine andere Sarinco-Firma, die „Sarinco-Transport“, 2,5 Millionen Mark an Subventionen. Mit diesem Geld wollte sie die in Konkurs gegangene Möbel-firma DEAS sanieren. Eine Million Mark kam von der Landesregierung in Saarbrücken, die anderen 1,5 von der Bundesanstalt für Arbeit. Die Firma DEAS wurde von der „Sarinco Transport“ übernommen samt den 250 Beschäftigten und in „Sarinco Möbel“ umbenannt. Die „neue Firma“ nutzte die hohe Arbeitslosigkeit im Landkreis brutal aus. Akkordarbeit bei Stundenlohnzahlung wurde verlangt. Immer wieder wurden die Lohnzahlungen hinausgezögert. Im Sommer 1979, während der Betriebsferien, war dann ganz Feierabend. Die Kollegen saßen genau da, wo sie bei der „alten“ Firma DEAS schon gesessen hatten, nämlich auf der Straße, die Sarinco-Bosse waren um 2,5 Millionen

Mark reicher. Steuergelder und Arbeitslosenbeiträge waren in die Taschen von professionellen Arbeitsplatzvernichtern geflossen.

Der Clou der ganzen Sache ist, die „Sarinco Transport“ gibt es gar nicht; es handelt sich dabei lediglich um eine Briefkastenfirma, die noch nicht einmal im Handelsregister eingetragen ist. Und mit dieser Briefkastenfirma haben sich die Hintermänner der Sarinco Transport Gelder in Millionen-höhe regelrecht ergauert, denn es gibt in unserem Wirtschaftswunderland jede Menge Paragrafen, die einer Firma Millionenbeträge aus Steuermitteln zuschustern, wenn sie sich verpflichtet, eine andere, Pleite gegangene Firma zwecks Weiterführung der Produktion zu übernehmen.

Die „Sarinco Möbel GmbH“ dagegen steht im Handelsregister. Als Gesellschafter ist da unter anderem ein gewisser Junker angegeben. Ruft man bei diesem Herrn an, meldet sich „Sarinco Rohrleitungsbau“. Unter einer anderen Nummer hat man es plötzlich mit „Junker Industrieanlagen“ zu tun. Dort wiederum wird jede Beziehung zur „Sarinco Möbel GmbH“

abgestritten, das gehöre längst der Vergangenheit an.

Was diese Vergangenheit betrifft, so gab es da einen anderen sauberen Herrn, der damals im Kreis St. Wendel als Landrat die politische Verantwortung trug, der heutige Ministerpräsident des Saarlandes, Zeyer; der saß damals auch gleichzeitig im Wirtschaftsrat seiner Partei. Ob er dafür gesorgt hat, den diversen Sarincos oder Junkers den Geldhahn zu öffnen? Er hat sich bis jetzt zu dem Skandal nicht geäußert. Und da eine Krähe der anderen kein Auge aushackt, kann man sich denken, daß er seine Hände in Unschuld waschen kann.

Bleibt festzuhalten, daß Regierungsstellen bewußt Unsummen von öffentlichen Geldern professionellen Arbeitsplatzvernichtern zugespielt haben. Ob dabei noch Schmiergelder im Spiel sind, wissen wir nicht; aber wer von den Herren tut so etwas schon aus reiner Gefälligkeit? Und bewußt ist es geschehen, denn niemand kann uns weismachen, daß dieser unser im Spitzeln so große Staat nicht gewußt hat, daß die „Sarinco Transport“ als Firma überhaupt nicht existiert hat.

## Zehntausende Schulabgänger ohne Ausbildungsplatz

Bundespräsident leugnet Lehrstellenmangel

Für Sonderschüler und Hauptschüler ohne Abschluß ist es in diesem Herbst fast unmöglich, einen Ausbildungsplatz zu finden. In diesem Jahr sind die Unternehmer noch wählerischer bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen. Sie bevorzugen Absolventen mit höherer Schulbildung.



Auch Hauptschulabgänger mit Abschluß haben nur selten das Glück, eine Lehrstelle in dem Beruf zu bekommen, den sie gerne ergreifen möchten.

Das ist die Realität, die durch die zynischen und verlogenen Behauptungen der Unternehmerverbände, es würden genügend Lehrstellen angeboten, nicht besser wird. Und wenn die bürgerlichen Zeitungen diese Unternehmerlügen geduldig abdrucken, dann ist das eine Verhöhnung der Zehntausenden von Jugendlichen, die verzweifelt erleben müssen, wie ihre berufliche Zukunft von der brutalen Wirklichkeit des Kapitalismus zerstört wird.

Nach den Angaben der Bundesanstalt für Arbeit ist im Juli die Zahl der arbeitslosen jungen Menschen unter 20 Jahren in der Bundesrepublik um 21,5 Prozent gestiegen.

Die Unternehmer nutzen die Notlage der Arbeiterjugend

skrupellos aus. So verlangen Firmen in zunehmendem Maße, daß Bewerber um eine Lehrstelle zunächst einmal für längere Zeit um einen Hungerlohn als Hilfsarbeiter bei ihnen arbeiten, bevor sie einen Lehrvertrag erhalten. In der chemischen Industrie sowie in der Bekleidungsindustrie werden die Jugendlichen häufig gezwungen, zunächst für ein Jahr einen „Eingliederungsvertrag“ abzuschließen. Von diesen Jugendlichen beginnen dann nur rund 80 Prozent eine Lehre.

Kürzlich posierte der neue Bundespräsident Carstens vor den Fernsehkameras in einer Hauptschule in Bonn-Duisdorf. Um sich „volksverbunden“ zu geben, beantwortete Carstens Fragen der Schüler. Einer der Schüler fragte: „Was ist Ihr Standpunkt zu dem Problem, daß wir Hauptschüler ziemlich wenig Chancen haben, eine Lehrstelle zu bekommen?“

Der oberste Repräsentant

des Bonner Staates wußte als Antwort nichts anderes zu erwidern als: „Alle werden eine Lehrstelle finden.“

Um ihre Zukunft muß die Jugend aus den werktätigen Bevölkerungsschichten in diesem Staat kämpfen. Denn hierzulande zählt nur der Profit der Kapitalisten. Die Vernichtung der Existenz Zehntausender junger Menschen wird von den Monopolkapitalisten und den Bonzen des Bonner Staates zynisch in Kauf genommen.

## Graf Lambsdorff und der „Ladenhüter“

35-Stunden-Woche aktueller als je zuvor

Auf seine Haltung zur gewerkschaftlichen Forderung nach 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich befragt, antwortete Graf Lambsdorff der Bildzeitung in der vergangenen Woche: „Ich erwarte, daß dieser ‚Ladenhüter‘ nicht die Bundestagswahlaußage der SPD wird.“

Nun, der Graf weiß natürlich, daß Bundeskanzler Schmidt lieber mit Strauß koalieren würde, als im Bundestagswahlkampf die 35-Stunden-Woche zu fordern. Er weiß auch, daß er sich bei der DGB-Führung keinerlei Sorgen in dieser Hinsicht zu machen braucht, denn sie hat ja vor kurzem noch die 40-Stunden-Woche auf fünf Jahre festgeschrieben.

Wen er mit seiner unverschämten gräflichen Arroganz tatsächlich meint, das sind die

## LVA

# Rheinprovinz: Streik im Rechenzentrum Düsseldorf

Seit Donnerstagabend, 9.8.79, streiken die Beschäftigten im Computersaal der LVA. Sie hatten sich für die Annahme des Vorschlags des Schlichters ausgesprochen, der zwei Tage mehr Urlaub und eine Erhöhung der Spät- und Nachschichtprämien um 10 Mark vorsah. Die Leitung der LVA hatte am Donnerstag diesen Vorschlag abgelehnt. Die Begründung: „Wir können und wollen nicht die Vorreiterfunktion übernehmen für eine Arbeitszeitverkürzung für Schichtarbeiter.“ Lieber bezahlen sie der Siemens AG täglich 50.000 Mark, um die Computerarbeiten während des Streiks zu übernehmen!

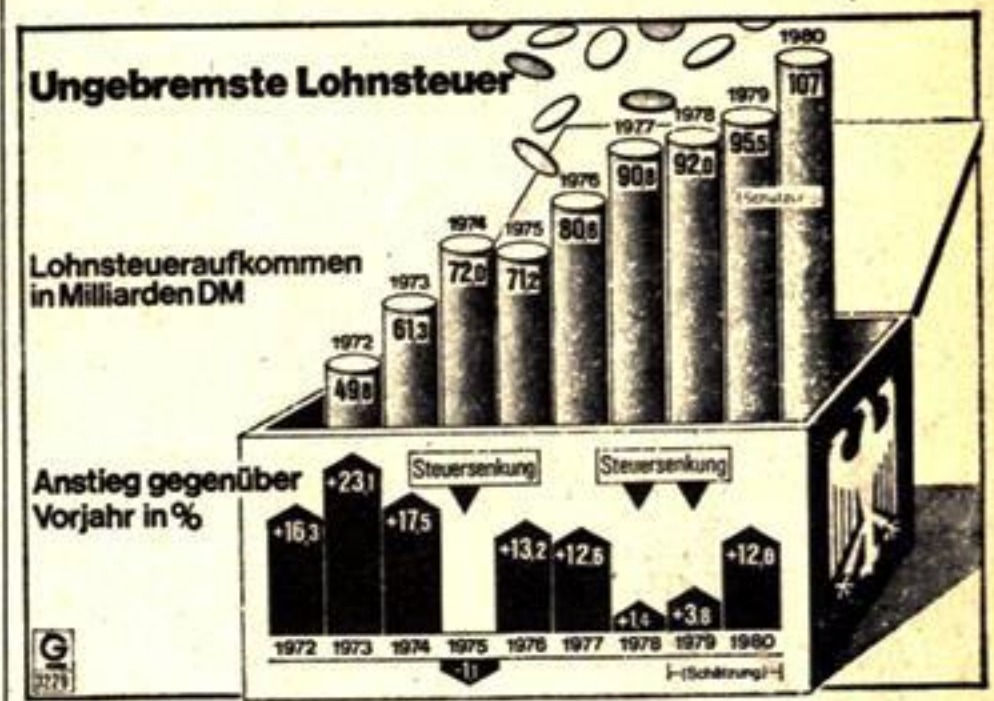
## Mannesmann-DEMAG: Streik gegen Stilllegung

Im letzten „Roten Morgen“ berichteten wir über die Pläne der Mannesmann-Konzernherren, den Betrieb DEMAG-Fördertechnik in Duisburg-Neumühl mit 187 Beschäftigten zu schließen bzw. zu verlagern, und über den Protest der Belegschaft dagegen. Am Mittwoch der letzten Woche kam es nun erneut zu einer Kampfmaßnahme der Belegschaft. Die Kollegen legten für vier Stunden geschlossen die Arbeit nieder. Zur Zeit der Arbeitsniederlegung führte der Betriebsrat Verhandlungen mit der Unternehmensleitung über die geplante Stilllegung. Der Betriebsratsvorsitzende sabotiert jedoch einen konsequenten Kampf gegen die Stilllegung. Er vertritt den Standpunkt, die Stilllegung müsse von der „wirtschaftlichen Situation“ des Unternehmens abhängig gemacht werden. Das aber bedeutet praktisch: vom Profitinteresse der Mannesmann-Kapitalisten.

## „Unmenschlich“

Die Firma Mahle hat im Werk Fellbach (Stuttgart) einen 31-jährigen Arbeiter entlassen, weil der Betriebsarzt bei ihm einen Gehörschaden festgestellt hat. „Es wäre unseres Erachtens unmenschlich“, so die Unternehmensleitung, wenn wir ihn weiterbeschäftigt hätten mit der Gefahr, daß er in Kürze gehörlos ist.“

## Ausplünderung durch Lohnsteuer



Bleibt es bei den gegenwärtig gültigen Lohnsteuertabellen, dann wird das Lohnsteueraufkommen im nächsten Jahr erstmals die 100-Milliardengrenze überspringen. Bereits in diesem Jahr werden die Arbeiter und Angestellten mit 95,5 Milliarden vom Staat zur Kasse gebeten. Das ist nahezu doppelt soviel, wie vor sieben Jahren. Und im nächsten Jahr wird mit einem Zuwachs von fast 12 Milliarden Mark gerechnet, d.h., das Lohnsteueraufkommen von 1972 wird sich dann mehr als verdoppelt haben! Die kapitalistische Steuergesetzgebung, in ihrer jetzigen Form, für die die SPD-geführte sogenannte sozialliberale Koalitionsregierung verantwortlich zeichnet, bedeutet rücksichtslose Ausplünderung der Arbeiter und kleinen Angestellten. Im nächsten Jahr wird, falls keine Lohnsteuersenkung durchgeführt wird, das Lohnsteueraufkommen doppelt so stark wachsen, wie die Einkommen der Arbeiter und Angestellten, egal in welcher Höhe die Lohn- und Gehaltsanhebungen liegen werden. Auf der Grundlage des bestehenden gegen den „kleinen Mann“ gerichteten Steuersystems sind die Lohnsteuersenkungen, die meist einige Monate vor den Bundestagswahlen erlassen werden, ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Herren Minister haben damit lediglich Stimmenfang im Sinn.

## Theoretisches Organ der KPD/ML

### Der Weg der Partei

Theoretisches Organ der KPD/Marxisten-Leninisten

- Probleme der Einheitsfrontpolitik
- Für das gesetzliche Verbot der Aussperrung

Zweimonatszeitschrift / Preis 3 DM **3,79**

## Probleme der Einheitsfrontpolitik

Über die Notwendigkeit der Einheitsfront / Das spontane Streben nach Einheit und die Einheitsfrontpolitik der Kommunistischen Partei / Die Kommunistische Partei muß die Einheitsfronttaktik in jeder Periode ihres Kampfes anwenden / Die Volksfront / Die Formen der Einheitsfronttaktik / Die Aufgaben der Kommunistischen Partei in der Einheitsfront / Die Notwendigkeit starker Massenorganisationen unter der Führung der Partei

## Für das gesetzliche Verbot der Aussperrung

Waffengleichheit? / Schwerpunktstreiks begünstigen die Aussperrung / Die rechtliche Lage / Verbot per Gerichtsbeschuß? / Warum für ein gesetzliches Verbot? / Der Kampf gegen die Aussperrung ist ein Kampf gegen Reaktion und Faschismus

## Dokumentation

Aus den Urteilen der Arbeitsgerichte / 1. Bundesarbeitsgericht, Beschluß vom 28.1.1955 / 2. Bundesarbeitsgericht, Beschluß vom 24.4.1971 / 3. Arbeitsgericht Lorrach, Beschluß vom 18.8.1978 / 4. Arbeitsgericht Frankfurt am Main, Beschluß vom 11.9.1978

Bestellungen an Verlag Roter Morgen, Wellingshofer Str. 103, 4600 Dortmund 30. Preis 3 DM.



„Es kann (...) keinem Zweifel unterliegen, daß (...) ihm der Geruch der Korruption anhaftet.“ (Landgericht München, AZ 180680/64)

## Ein staatsstreichartiges Unternehmen

Strauß ist gewiß nicht der einzige Politiker, dem der Geruch der Korruption anhaftet, doch was die Menge und die Qualität seiner zahlreichen bekanntgewordenen Skandale und Affären betrifft, gebührt ihm eine Spitzenstellung. Da war die Hauptstadt-, Granaten-, Onkel-Aloys-Affäre, da ging es um Bestechung im Zusammenhang mit der Beschaffung des Schützenpanzers HS 30 und des Starfighters, da verfolgte er einen kleinen Wachtmeister mit seiner ganzen Minister-Macht, weil dieser seinem Chauffeur, den mehrfach vorbestraften Herrn Kaiser, völlig zurecht eine Anzeige verpaßt hat. Wir wollen im Rahmen dieser Serie noch die Spiegel-Affäre behandeln, werden aber sicher noch Gelegenheit haben, in einem anderen Zusammenhang auf die angesprochenen Begebenheiten zurückzukommen.

Am 26. Oktober 1962 rückten acht Beamte der Bonner Sicherungsgruppe unter Leitung des bereits verstorbenen Bundesanwalts Buback in die Redaktion des Spiegel ein und präsentierten einen Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschuß wegen des Verdachts auf Landesverrat. Des weiteren lagen Haftbefehl gegen Spiegel-Herausgeber Augstein und den damaligen Spiegel-Redakteur Conrad Ahlers vor.

Der Vorwand: ein von Ahlers verfaßter Artikel unter der Überschrift „Bedingt abwehrbereit“, der das Verteidigungskonzept der Bundeswehr einer kritischen Würdigung unterzog, der allerdings nur Fakten veröffentlichte, die auch in anderen Zeitungen gestanden hatten, gegen die niemand Verdacht des Landesverrats erhoben hatte. Der Generalstabler a.D. Oberst D. Bogislav von Bonin meinte zu dem Artikel: „Ich habe in diesem Artikel weder beim ersten Durchlesen noch nachher beim näheren Studium auch nur eine Spur von Landesverrat finden können.“ (1)

Die Durchsuchungstruppe ließ alles mitgehen, was nur entfernt an Militärisches erinnerte, sogar einen Artikel über den Schriftsteller Ernst Hemingway mit dem Titel „Der Schuß ging in den Mund“. Merkwürdigerweise interessierte man sich ganz nebenbei für Archivmaterial, das mit dem haltlosen

Landesverratsverdacht nicht das geringste zu tun hatte, nämlich für Unterlagen des Spiegel über die zahllosen Affären und Korruptionsskandale des amtierenden Verteidigungsministers Strauß.

So war es nicht zu vermeiden, daß der Minister, der soeben durch die „Gemeinsamkeit der Demokraten“ die Fibag-Affäre überstanden hatte, erneut ins öffentliche Gerede kam. Strauß äußerte sich vor dem Parlament dreimal zu seiner Rolle in dieser Angelegenheit, die als Spiegel-Affäre in die Geschichte der Strauß-Skandale eingegangen ist.

1. „Ich habe mit der Sache nichts zu tun, im wahrsten Sinne des Wortes nichts zu tun!“

2. „Lügen heißt, in Kenntnis der Wahrheit — also bewußt — die Unwahrheit zu sagen. Etwas Unrichtiges kann jeder sagen, der nach dem jeweiligen Stand der Erkenntnisse das wiedergibt, was er weiß, aber später in Einzelheiten etwas korrigieren muß.“ (Bei der dritten Äußerung vor dem Parlament „korrigierte“ er „Einzelheiten“.)

3. „Ich habe nie behauptet, daß ich mit der Sache nichts zu tun hätte.“ (2)

Am 11. Dezember 1962 nahm Strauß die Entlassungsurkunde entgegen, allerdings nicht freiwillig. Der Austritt der FDP-Minister aus der Adenauer-Regierung und das drohende

Auseinanderbrechen der CDU/FDP-Koalition zwangen den Kanzler, mit dem gesamten Kabinett zurückzutreten. Strauß war im neuen Kabinett nicht mehr vertreten.

Da Strauß und seine Knapen mit Unterstützung von Schmidt, Loderer und „Genossen“ offensichtlich daran interessiert sind, die Strauß-Affären in Frieden ruhen zu lassen, wollen wir den Ablauf der Spiegel-Affäre noch einmal in groben Zügen in Erinnerung rufen.

### Strauß sinnt auf Rache

In der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober 1962, als die sogenannte Kuba-Krise ihrem Höhepunkt zustrebte und die Welt in Atem hielt, fand auf Schloß Brühl ein Empfang des Bundespräsidenten Lübke statt, an dem auch Strauß samt Gattin teilnahm. Durch starken Alkoholgenuss aufgemöbelt, pöbelte er alle anwesenden sozialdemokratischen Politiker an und verstieg sich im Verlauf eines Gesprächs über den SPD-Abgeordneten Jahn, der im Fibag-Untersuchungsschluß Zweifel an Straußens Integrität geäußert hatte, zu der Äußerung: „So etwas müßte man eigentlich aufhängen.“ (3). Da verließ sogar der damalige Bundestagspräsident Gerstenmeier, der selber durch Korruption berühmt wurde, den Saal.

Doch Strauß kam erst so richtig in Stimmung. Er ließ durchblicken, daß er in Sachen Fibag bald völlig rehabilitiert sei und daß gegen den ihm verhassten Spiegel eine Aktion unmittelbar bevorstehe. Der Abend endete für ihn draußen im Gebüsch, wo er sternhagelvoll in erbärmlichem Zustand aufgefunden wurde.

### Amtsanmaßung und Betrug

Vor der Aktion gegen den Spiegel, die dann am nächsten Tag gestartet werden sollte, hatte Strauß den ihm unterstellten militärischen Geheimdienst (MAD) zur Observierung von Spiegel-Mitarbeitern eingesetzt und sich von seinen Spionen auch über den Ablauf der nächtlichen Hausdurchsuchung berichten lassen.

Spiegel-Redakteur Conrad Ahlers, der zur Zeit der Spiegel-Aktion gerade seinen Urlaub in Spanien verbrachte, ließ er mit offen kriminellen und betrügerischen Methoden ins Gefängnis werfen.

Zum einen war ja schon der Vorwurf des Landesverrats erstunken und erlogen. Als er dann mit der westdeutschen Botschaft in Spanien telefonierte — am Apparat war Achim Oster, ein alter Strauß-Spezi — erklärte er, die spanische Polizei müsse auf der Stelle veranlaßt werden, Conrad Ahlers festzunehmen, ein Haftbefehl der Interpol sei bereits unterwegs. Diesen Haftbefehl gab es erstens gar nicht und zweitens

dreckig machen, dann muß man sie sich eben wieder waschen.“ (7)

Doch der goldene Schuß gelang der CSU-Führung in einer offiziellen Werbeschrift für ihren Chef: „Als ihm seine Feinde die parlamentarische Korrektheit bestritten, trat er zurück. Er hat seine Macht als Oberbefehlshaber nicht ins Spiel gebracht.“ (8) Und Strauß selber sagte anlässlich des Rücktritts von Willy Brandt: „Ich bin seinerzeit gegangen, weil wir einen Sicherheitsfall sehr ernst genommen haben.“ (9)

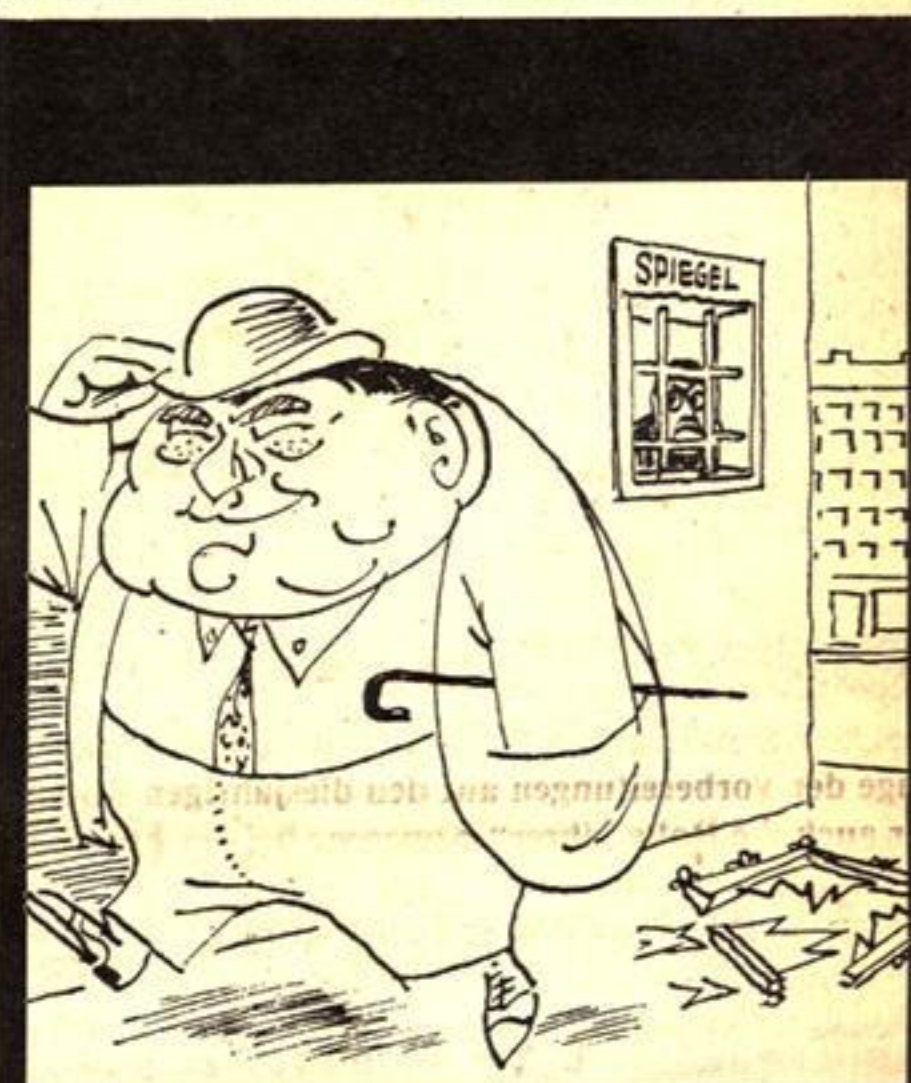
Offensichtlich hätte es die CSU gebilligt, wenn die Bundeswehr unter ihrem Oberbefehlshaber Strauß gegen Bonn marschiert wäre, um das Parlament, das er schamlos belogen hatte, auseinanderzujagen. Sie rechnet es ihm geradezu als großzügiges Opfer an, daß er es nicht getan hat.

Dieser Mann, der Staatsstreichgeneral Pinochet zu seinen Freunden zählt, strebt heute die Macht in Bonn an. Seine politische Vergangenheit beweist zweifelsfrei, daß er,

wenn er es für opportun hält, wenn es „das Wohl des deutschen Volkes erfordert“, wenn die Bourgeoisie durch die Herrschaftsform der parlamentarischen Demokratie ihre Ausbeuterordnung nicht mehr sichern kann, ohne zu zögern die noch bestehenden demokratischen Rechte liquidieren würde, das Parlament auseinanderjagt und eine faschistische Diktatur nach der Art Hitlers errichten würde.

- 1 Stern Nr. 15 Jg. 1975, Seite 90
- 2 alle drei Zitate aus: Schwarzbuch: Strauß, Kohl & Co., Köln 1976 Seite 137
- 3 ebenda S. 134
- 4 Stern Nr. 15 Jg. 1975, S. 90
- 5 Schwarzbuch: Strauß, Kohl & Co., S. 136
- 6 ebenda S. 137
- 7 Stern Nr. 14 Jg. 1975, S. 80
- 8 Schwarzbuch S. 138
- 9 Stern Nr. 15 Jg. 1975, S. 90

Die nächste und letzte Folge wird sich mit der CSU und einigen ihrer führenden Köpfe befassen.



An 'nem schönen blauen Samstag  
legt man Augstein auf den Steiß,  
und ein Mensch geht um die Ecke,  
der nichts sieht und der nichts weiß.

(frei nach Brecht)



„Oh, wie will ich triumphieren,  
wenn wir sie zum Richtplatz führen  
und die Hälse schnüren zu, schnüren zu...“

(Mozart: Entführung aus dem Serail)

# Geldstrafe im Filbinger-Prozeß gegen den „Roten Morgen“

Zu einer Geldstrafe von 750 Mark wurde am vergangenen Donnerstag die ehemalige verantwortliche Redakteurin des „Roten Morgen“, Renate Schneider, verurteilt. Sie war — wie wir schon in unserer letzten Ausgabe berichteten — von Ex-Nazirichter Filbinger wegen Beleidigung angezeigt worden, weil der RM diesen Menschen in einem Artikel vom vergangenen August als „Nazi-Mörder“ und „Verbrecher“ bezeichnet hatte.

Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch das Gericht bemüht sich nach Kräften, Filbingers Tätigkeit im Dienste der Nazi-Justiz zu verteidigen und zu rechtfertigen. Anträge der Verteidigung, die dazu dienen sollten, diese Tätigkeit sowie die damalige Persönlichkeit Filbingers zu beleuchten, wurden abgelehnt. Das gleiche Schicksal erlitt ein Antrag, den Schriftsteller Heinrich Böll als Sachverständigen dafür zuzuziehen, daß in der Journalistik ein Begriff wie „Mörder“ oder „Verbrecher“ nicht im gleichen Sinne wie im juristischen Sprachgebrauch verwandt wird.

Der Staatsanwalt begründete seine Anklage mit der bemerkenswerten Feststellung, daß Filbinger deshalb nicht ein Verbrecher genannt werden könnte, weil er niemals wie ein solcher außerhalb des Rechts gestanden hätte. Eine Feststellung, die — wie die Genossin Schneider in ihrem Schlußwort zurecht klarlegte — nichts anderes als eine Rechtfertigung der faschistischen Terrorjustiz bedeutet. Und auch das Gericht verteidigte in der Urteilsbegründung generell die faschisti-

sche Militärjustiz und stellte die ungeheuerliche Behauptung auf, den Verfahren, an denen Filbinger als Ankläger oder Richter mitwirkte, hätten „rechtsstaatliche Vorstellungen“ zugrunde gelegen. Bekanntlich wurden in diesen Verfahren vier Menschen zum Tode verurteilt, aus dem einzigen Grunde, daß sie sich weigerten, weiter an dem faschistischen Raubkrieg gegen die Völker teilzunehmen.

Im folgenden drucken wir auszugsweise die von der Genossin Renate Schneider vor Gericht vorgetragene Erklärung ab.

Ich möchte zunächst in aller Schärfe den Strafantrag des Herrn Filbinger zurückweisen. Man bedenke: nachdem Stück um Stück die wahrhaft blutigen Tatsachen aus der Nazi-Vergangenheit des Herrn Filbinger ans Licht gezogen wurden, bekanntlich unter einem hartnäckigen und widerwärtigen Leugnen des damaligen Ministerpräsidenten, nachdem ein beispielloser Proteststurm gegen diesen Mann durch unser Land gegangen war und ihn schließlich auch seine Parteifreunde nicht mehr im Regie-

rungsamt halten konnten, nachdem all dies geschehen war, hatte der Ex-Ministerpräsident Filbinger die Stirn, mich, beziehungsweise den Roten Morgen anzuzeigen wegen eines Artikels unter der Überschrift „Stuttgarter fordern den Rücktritt Filbingers“...

Es geht in dem Artikel nicht um die Person des Herrn Filbinger, sondern um den Staat, in dem die Filbinger an höchsten Stellen sitzen. Da heißt es: „Nicht, daß Filbinger durch hartnäckiges Lügen seinen Posten zu halten versucht, ist der eigentliche Skandal bei dieser Angelegenheit, sondern daß er so lange Ministerpräsident in diesem „freiheitlich-demokratischen“ Staat und stellvertretender Vorsitzender einer der „demokratischen“ Parteien dieses Staates sein kann. Denn was kann deutlicher zeigen, wes Geistes Kind dieser Staat und seine „demokratischen“ Parteien sind?“

Bekanntlich war der Nazirichter als Ministerpräsident in diesem Staat kein Einzelfall. Es genügt wohl, an die Namen Globke, Oberländer, Speidel, Gehlen, Lübke und wie sie alle heißen, zu erinnern. Und als

mit dem Prozeß Filbingers gegen den Schriftsteller Hochhuth die Diskussion über den ehemaligen Nazirichter entbrannte und die erwähnten Tatsachen ans Licht kamen, wurde von den Bonner Parteien der massive Versuch unternommen, Filbingers Tätigkeit im Dienst der Hitlerschen Kriegsjustiz moralisch zu rechtfertigen. Das galt nicht nur für die endlose Folge der Ehrenerklärungen seitens der CDU für ihr Führungsmittelglied. Das galt beispielsweise auch für die Äußerungen von SPD-Politikern, die allein Filbingers offensichtliches Lügen als einen Skandal bezeichneten, in dessen Tätigkeit als Nazirichter jedoch keinen Hinderungsgrund für die Übernahme eines hohen Staatsamtes sehen wollten.

Diese Rechtfertigung galt einem Mann, der — wie noch zu zeigen sein wird — ein bewußter und aktiver Vollstrecker der faschistischen Terrorherrschaft war, einem Mann, der zumindest einen unschuldigen Menschen vor das Erschießungskommando geschickt hatte. Diese Rechtfertigung galt zudem einem Mann, der öffentlich erklärt hatte: „Was damals Rechts war, kann heute nicht Unrecht sein.“ Insofern war das, was hier betrieben wurde, nicht nur die Verteidigung der Person Filbingers und der von ihm persönlich als Nazi begangenen Unrechtsstaten. Es war eine generelle Rechtfertigung der Verbrechen des Faschismus, des barbarischen Systems der Nazi-Herrschaft, dessen Vertreter Filbinger war. Und über allem stand das Glaubensbekenntnis des damaligen

Ministerpräsidenten, der von allen Bonner Parteien als demokratische Persönlichkeit gewürdigt wurde, das Glaubensbekenntnis „Was damals Rechts war, kann heute nicht Unrecht sein.“

Die Werktätigen in unserem Land haben den drohenden Charakter dieses Bekenntnisses sehr wohl erfaßt. Und sie haben die moralische Rechtfertigungskampagne für Filbinger als eine Bedrohung empfunden. Denn wer das, was damals war, die faschistische Blutherrschaft über das Volk, als auch heute gültiges „Recht“ betrachtet, der ist doch bereit, eine solche Herrschaft in der Zukunft wieder hinzunehmen, wenn nicht zu unterstützen oder ihre Errichtung voranzutreiben. Als kommunistische Partei, die allein den Interessen der Arbeiterklasse und des deutschen Volkes verpflichtet ist, hat die KPD/ML stets alle Versuche, die Blutherrschaft der Nazis und ihre Vollstrecker zu rehabilitieren oder zu rechtfertigen entschieden bekämpft. Wie ein großer Teil der werktätigen Bevölkerung, so sehen auch wir darin das Ziel eine neue faschistische Diktatur, die wieder grenzenloses Elend über unser Volk und andere Völker bringen würde, ideologisch und politisch vorzubereiten. Angesichts solcher Gefahren ist es selbstverständlich, daß die Artikel in unseren Publikationsorganen gegen die Rechtfertigung des Faschismus von einer notwendigen kompromißlosen Schärfe gekennzeichnet sind. Das gilt auch für den Artikel „Stuttgarter fordern den Rücktritt Filbingers.“ (...)

Welche Schlußfolgerungen soll man denn aus diesen Tatsachen ziehen? Es bleibt doch nur die, daß Filbinger alles andere war als nur ein Rädchen, das gegen eigenen inneren Widerstand nur den Befehlen seiner Vorgesetzten gehorchte. Nein, Filbinger war ein bewußter Parteigänger der faschistischen Diktatur, ein eiskalter Vollstrecker der faschistischen Terrorjustiz gegenüber den Menschen, über die er Macht hatte. Und mindestens einer, Walter Gröger, mußte es mit seinem Leben bezahlen, daß er an den Marinerichter Filbinger geriet. Filbinger, der nach der Aussage Kurt Petzolds noch im Gefangenenlager „unseren geliebten Führer“ rühmte, er trägt mit die Schuld an dem schrecklichen Mord, der an Walter Gröger begangen wurde. (...)

Angesichts der Schwere dieser Tatsachen, angesichts dessen, was Filbinger zahllosen unschuldigen Menschen zugefügt hat, angesichts des gewaltsamen Todes von Walter Gröger, ist der Strafantrag des Herrn Filbinger wahrhaftig eine Ungeheuerlichkeit. Er reiht sich ein in die erwähnten Versuche, daß blutige Handwerk dieses Menschen und das Regime für das er tätig war, zu rechtfertigen. Jeder Antifaschist, jeder aufrichtige Mensch in unserem Land wird diesen Strafantrag ebenso als eine Provokation empfinden, wie die Tatsache, daß der ehemalige Nazirichter Filbinger auch heute noch Vorstandsmitglied einer Partei ist, die sich anschickt, im nächsten Jahr die Regierungsgewalt in Bonn zu übernehmen.

## Roter Antikriegstag 1979

Die Betriebszellen unserer Partei in den westdeutschen Großbetrieben haben im Zuge der Vorbereitungen auf den diesjährigen Roten Antikriegstag am 1. September auch die Rolle „ihrer“ Konzerne bei der Entfesselung des faschistischen Raub-

kriegs und bei der heutigen Rüstungsproduktion durchleuchtet. Wir veröffentlichen im folgenden einen gemeinsamen Artikel der Betriebszeitleitungen unserer Siemens-Zellen.

# Die Geschichte von Siemens ist das Geschäft mit dem Krieg

Der erste Weltkrieg hat das deutsche Volk 1 760 000 Tote gekostet, der zweite Weltkrieg 6 Millionen Tote. Dazu das Elend der Verstümmelten, der Zivilbevölkerung, der Hunger, der Verlust der gesamten Habe... Bezahlen mußten die imperialistischen Kriege immer die einfachen Leute, mit Blut und Tränen. Die Reichen aber, das Finanzkapital scheffelte Superprofite. Jedesmal versuchten sie dem kleinen Mann weiszumachen, es sei sein Krieg, aber damals — wie heute die russischen, amerikanischen, chinesischen oder deutschen Imperialisten — ging und geht es ihnen nur um Raub, um Vorherrschaft und Weltherrschaft. Der kleine Mann aber ist für sie nichts weiter als Kanonenfutter, vor den Karren der Profitinteressen der Reichen gespannt.

## Wie Siemens groß wurde...

Einer dieser Reichen ist Siemens. Ein Konzern, der durch Kriege groß geworden ist und aus jedem Krieg aggressiver und mit größerem Appetit auf Reichtum und Macht hervorgegangen ist. Von Anfang an bestand „der Geist des Hauses Siemens“ in der engen Verknüpfung mit dem Bankkapital (Georg von Siemens hat die Deutsche Bank gegründet), mit den Politikern und Militärs des Staates. So sicherte sich das Familienunternehmen gewinnträchtige Rüstungsaufträge zum Beispiel im deutsch-französischen Krieg (1870–71). Schon um die Jahrhundertwende gehörte Siemens zu den Größten in Deutschland.

## Erst recht im 1. Weltkrieg

stellten die Kriegsgewinne von Siemens alles Vorhergehende in den Schatten. Da fielen für Siemens allein für 7,8 Millionen Reichsmark U-Boot-Aufträge an. In den ersten Kriegsjahren lieferte Siemens für 63,5 Millionen Reichsmark Rüstung: Schlachtschiffe, Seeminen, Granaten aller Kaliber, Feldtelefonie, Maschinengewehre für Kampfflugzeuge, die größten Bomberflugzeuge jener Zeit... Aber Siemens hat nicht nur die Mordinstrumente, die Angriffswaffen geliefert — Siemens hat den Krieg mitgeplant. Zusammen mit der Regierung arbeitete nämlich die Elektro- und Chemie-Industrie das Kriegszielprogramm aus — das über Millionen von Leichen hinwegging.

Siemens dagegen stieg wie ein Phoenix aus der Asche des 1. Weltkriegs. Der Konzern vergrößerte sich ständig, gründete neue Tochtergesellschaften und war eng verflochten mit den großen Banken und der mächtigen Stahlindustrie. Im Siemens-Aufsichtsrat saßen unter anderem Siemens, Flick, Krupp, die Vertreter von Klöckner, Mannesmann, Bosch, der Deutschen Bank usw.

## Das waren die wahren Herren Deutschlands...

die für das finsterste Kapitel der deutschen Geschichte verantwortlich zeichnen. Schon 1924 drückten die „Siemens-Mitteilungen“ ihre Sympathie für die Nazis aus, die Hitlerspende floß. Als 1932 die Nazis an Stimmen verloren,

waren es diese Herren des Kapitals, die Hindenburg in einem Brief aufforderten, die Regierung „an den Führer der größten nationalen Gruppe“ zu übergeben. Damit waren die Weichen für die Machtergreifung Hitlers und die faschistische Diktatur gestellt.

So sollte das deutsche Volk das gegen das kapitalistische Elend, die Arbeitslosigkeit, die Hungerlöhne aufbegehrt, niedergedrückt werden. So sollte vor allem die Sozialismusstrebende Arbeiterbewegung ihre gewerkschaftlichen Organisationen und ihre kommunistische Partei zerschlagen werden. Es war niemand anderes als das Finanzkapital, das die braune Diktatur brauchte und errichtete, um seine Herrschaft aufrechtzuerhalten und zu erweitern...

## Siemens — Widerstand oder...

Siemens stellt sich gern als „Widerstandsfirma“ gegen Hitler hin, aber die Tatsachen sprechen für sich. Siemens war nicht nur in Hitlers „Generalrat der deutschen Wirtschaft“, wo die Weichen für die faschistische Politik gestellt wurden, sondern der Siemens-Aufsichtsratsvorsitzende R. Binkel war auch Mitglied des „Freundeskreises des Reichsführers SS (Himmler)“, der die Siemensspenden zur Vernichtung von Widerstandskämpfern, Kommunisten, Juden... benutzte.

Daß die Politik Hitlers von Anfang an die der Wirtschaft war, beweist auch die rasante Umsatzsteigerung bei Siemens von 1933–39. Durch die Aufrü-



Hitler hetzt zum Krieg, hier vor Siemens-Arbeitern in Berlin.

stung zum Krieg erhöhte sich der Siemens-Umsatz von 329 Millionen Reichsmark auf 964 Millionen RM. Siemens lieferte die wichtigsten militärischen Neuentwicklungen für Marine, Heer und Luftwaffe. Wobei in Siemens-Rüstungsbetrieben KZ-Häftlinge schufteten mußten, bis sie — arbeitsunfähig geworden — in die Gaskammern getrieben wurden. Selbst als Deutschland schon in Schutt und Asche lag, wollte Siemens noch mit der Entwicklung der Raketen-Wunderwaffe die große Wende erzwingen. Ungezähltes Leid geht auf das Konto dieser

## ...Kriegsverbrecher

Auf Druck der Bevölkerung kam nach der Zerschlagung des Faschismus auch Herrmann von Siemens auf die offizielle — 42 Namen umfassende — Kriegsverbrecherliste. Aber man glaube ja nicht, daß ihm seine amerikanischen Freunde

auch nur ein Härchen gekrümmt hätten. Nach kurzer Inhaftierung war er wieder frei und sein Unternehmen wurde bis heute in noch größerem Umfang weltweit aufgebaut. Allein zwischen 1950 und 1970 schluckte oder gründete der Siemens-Konzern 80 neue Firmen und stockte sein Aktienkapital um 931 Millionen Mark auf.

## Heute wie „damals“

ist Siemens eng verflochten mit den Banken und der Rüstungsindustrie, in der die Elektronik eine Schlüsselstellung einnimmt. Die direkte Belieferung der Bundeswehr (1971 ca. 180 Millionen Mark) ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Siemens beliefert die Rüstungsmonopole direkt und wickelt außerdem die größten Rüstungsgeschäfte über seine Tochter- und Enkelfirmen ab. Wie zum Beispiel über MBB (Flugzeuge und Raketen)

Blohm und Voss (Zerstörer, Spezialausrüstung für Marine) DeTeWe (Fernsprechnetz) ZuseKG (Computer für militärischen Bereich) KWU (Kernenergie und Forschung, leicht auf Krieg umzustellen) usw. usf.

Auch heute wird nicht für den Frieden aufgerüstet. Das Friedenslied der Herrschenden ist so altbekannt wie ihre darauffolgenden Kriege.

Und auch andere Töne sind bekannt... die zunehmende Krise, Arbeitslosigkeit, Teuerung, Lohnraub. Kein Wunder, es sitzen immer noch dieselben Herren an den Schalthebeln der Macht — die Kapitalisten. Und die bringen die kapitalistischen Geißeln unvermeidlich mit sich: Ausbeutung, Unterdrückung, Krise und Krieg. Sie sind es auch, die die jeweils für sie geeignetsten Politiker in den Sattel heben. Heute gibt es zwar keinen Himmler-Freundeskreis mehr, dafür einen Freundeskreis der CSU, wo sich die Herren von Krupp, Krauss-Maffei, Thyssen, BMW und Siemens treffen, die mit Franz Josef Strauß auf einen Mann setzen, dem sie zurecht zutrauen, radikal gegen die Arbeiterklasse vorzugehen und skrupellos ihre Kriegsgelüste innerhalb der NATO in die Tat umzusetzen... Das deutsche Volk aber will

## Nie wieder Faschismus nie wieder Krieg

Und das kann erreicht werden, wenn wir Arbeiter und Werktätigen uns in einer kämpferischen Front gegen Reaktion, Faschismus und Krieg zusammenschließen, und endgültig, wenn wir die kapitalistischen Kriegstreiber und ihren Staat stürzen und uns ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland erkämpfen.



Mit skeptischem Gesichtsausdruck verfolgen diese beiden Zuschauer den Ablauf der öffentlichen Sozialausschußsitzung.

## „Kostendämpfung in Bottrop“

# Die sozialpsychiatrische Station muß wiedereröffnet werden

## Volkskorrespondenz

Was „Kostendämpfung im Gesundheitswesen“ bedeutet, erfuhren Ende Juli Bottroper Bürger. Zum 31. 7. wurde die sozialpsychiatrische Abteilung (Station K) des Knappschafts-Krankenhauses dichtgemacht, wegen Personalmangel, wie es in Stellungnahmen von Krankenhausverwaltung und Bundesknappschaft heißt. Daß diese Erklärung nichts als ein billiger Vorwand ist, um auf Kosten der Bevölkerung die Krankenhäuser finanziell zu sanieren, zeigt ein Blick auf die Arbeitslosenzahlen im Krankenhausbereich. Im Arbeitsbezirk Gelsenkirchen gibt es 241 Arbeitsuchende für diesen Bereich, in Nordrhein-Westfalen sogar knapp 9000.

Die dem Bettenabbau zum Opfer gefallene Station K zeichnete sich durch die unüblichen Behandlungsmethoden psychisch kranker Patienten aus. Hier wurde nicht an Symptomen herumkurziert, hier wurde versucht, den Ursachen psychischer Erkrankungen auf die Spur zu kommen. Hier wurde der Patient nicht an starke, abhängigmachende Psychopharmaka gewöhnt, hier wurde versucht, den Patienten schrittweise wieder in den Alltag einzugliedern. Hier wurde der Patient nicht kaserniert und mit Medikamenten stillgelegt, hier blieb er möglichst in seiner Umgebung. Hier wurde genau das praktiziert, was von Sachverständigen für die Versorgung psychisch Kranker gefordert wird (Enquete zur Lage der Psychiatrie).

Dieses Projekt inmitten eines auf Rentabilität ausgerichteten Krankenhauswesens mußte der Bundesknappschaft ein Dorn im Auge sein. Hier wollte sie gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Zum einen „Kostendämpfung“ durch Bettenabbau, zum anderen Auseinanderreißen eines Teams von Ärzten und Pflegern, das den Versuch unternommen hatte, den Menschen und nicht die Kostenfrage in

den Mittelpunkt zu stellen. Daß die Arbeit der Station K tatsächlich ankam, zeigte sich an dem Protest, der durch den Stilllegungsbeschuß ausgelöst wurde.

Sofort bildete sich eine Bürgerinitiative „Gemeindenaher Psychiatrie“ aus zahlreichen Bürgern, niedergelassenen Ärzten, Patienten und ehemaligen Patienten und Mitarbeitern des Knappschafts-Krankenhauses. Die Initiative trat am 14. Juli mit einer spektakulären Aktion an die Öffentlichkeit. Mitten vor der Bottroper Hauptpost wurde ein Krankenhausbett aufgebaut; durch zusätzliche Informationstafeln wurde der Bevölkerung so auf eindrucksvolle Art vor Augen geführt, welche einschneidende Maßnahme die Bundesknappschaft zur Verschlechterung der gesundheitlichen Versorgung getroffen hatte. Bis Ende Juli wurden über 2000 Unterschriften gesammelt, allein am 14. 7. über 500.

Mit den Unterschriftenlisten und einer Resolution gewappnet, zog eine neunköpfige Delegation am 26. 7. zum Arbeitsministerium nach Düsseldorf. Dieses Ministerium ist für die öffentlichen Gelder, die der Knappschaft zur Verfügung gestellt werden, zuständig.

Ministerialrat Dr. Lotz erklärte im Auftrag des Herrn Ministers, man könne zwar keine Zusage zur Erhaltung der Station K geben, aber man habe „volles Verständnis“ für das Anliegen der Bürgerinitiative. Zuvor schon hatten die

## Das Volk zum Statisten degradiert

Der Sitzungssaal war überfüllt, so daß viele Besucher während der Sitzung stehen mußten. Es war eine ähnliche Situation wie vor Gericht. Dem Publikum gegenüber thronte der Ausschußvorsitzende, ihm zur Seite der ärztliche Direktor des Knappschafts-Krankenhauses Dr. Menzel, daneben ein Vertreter der Bundesknappschaft, ein gewisser Herr Krampe. Links die Ausschußmitglieder der SPD-Fraktion, rechts die der CDU-Fraktion und dem Vorstandstisch gegenüber die der DKP-Fraktion. Daß hier ausschließlich im Interesse der „Schließungsadvokaten“ verhandelt werden sollte, zeigte sich sehr schnell. Der Ausschußvorsitzende bedauerte nämlich, mitteilen zu müssen, daß ein Antrag der Bürgerinitiative, ihren Sachverständigen Rederecht zu erteilen, abschlägig beschieden werden müsse.

Aufgrund der lautstarken Empörung im Publikum sah er sich gezwungen darauf hinzuweisen, daß Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen nicht gestattet seien; ein weiterer Punkt, der mich an einen Gerichtssaal erinnerte. Als zu einem späteren Zeitpunkt der ärztliche Direktor Menzel, der das Rederecht erhielt, so oft er es wünschte, die Schließung gar als Verbesserung verkaufen wollte, unterbrach der Versammlungsleiter aufgrund der Empörung kurzerhand die Sitzung.

Die von der Schließung betroffenen und geschädigten Menschen wurden zu Statisten degradiert. Manch einer wird angesichts des heuchlerischen und bisweilen zynischen Vorgehens der Herren Volksvertreter die Faust in der Tasche geballt haben. Die Ratsherren versicherten der Initiative ihre Bewunderung, verweigerten ihr

Bottroper Ratsparteien SPD, CDU und DKP ihre Unterstützung zugesagt. „Ich kann Ihnen versichern, daß der Herr Oberbürgermeister voll hinter Ihrer Forderung steht“, hatte SPD-Ratsherr Josef Schütz auf einem gut besuchten Informationsabend der Initiative erklärt, und CDU-Ratsherr Hans Allekotte beeilte sich zu erklären: „Für mich ist diese Maßnahme unverständlich. Ich bin entschieden dagegen.“

Gegen Ende des Monats suchten Abgesandte der Initiative die Bundesknappschaft in Bochum auf, vergeblich, wie sich bald herausstellte. Der Vorsitzende der Geschäftsleitung, Helmut Emmerich, erklärte kaltschnäuzig gegenüber der Presse: „Man muß den Leuten Gelegenheit geben, ihre Meinung vorzutragen. An unserer Entscheidung wird das jedoch nichts ändern.“ Später, am 7. August auf der öffentlichen Sitzung des Sozialausschusses, sollte „den Leuten“ noch nicht einmal mehr die „Gelegenheit“ gegeben werden, „ihre Meinung vorzutragen“. Am 31. 7. — die Mitarbeiter von Station K waren schon dabei, die Station auszuräumen — traten acht Mitglieder der Initiative demonstrativ vor dem Knappschafts-Krankenhaus in den Hungerstreik.

Mittlerweile hatten sich SPD und CDU schon aus der Verantwortung gestohlen. Man wolle sich „offiziell“ nicht beteiligen, man wolle das Ende der Ferien abwarten, hieß es. Nur die DKP ließ noch ihre Bereitschaft erkennen, für die Erhaltung der Station einzutreten. Am 7. August um 16 Uhr war dann die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses.

aber im selben Atemzug das Rederecht. Sie schauspielerten — nebenbei gesagt, sehr schlecht — Betroffenheit über die Schließung, ließen sie aber gleichzeitig widerstandslos passieren. Die Stichwörter kamen von Bundesknappschaft und Krankenhausleitung. Da war von „unternehmerischem Wirken“ die Rede, von 70-Tage-Patienten, die einen Kostenfaktor von 10070 Mark ausmachten. Da war zu hören, die Schließung sei zum Wohle aller Patienten verfügt worden. Da wurde die Schließung als echter Schritt zur Rationalisierung bejubelt. Ich dachte mir, so ungefähr muß es auf einer Aufsichtsratssitzung vorgehen, wenn überflüssige Kostenfaktoren diskutiert werden. Daß sich hinter diesen Kostenfaktoren Menschen, kranke Menschen verbargen, interessierte anscheinend nur die Bürgerinitiative und die Bevölkerung, und die hatten kein Rederecht.

Die klarsten Worte fand noch die DKP, die immerhin das Geschwätz von der Personalknappheit entlarvte und auf die zahlreichen arbeitslosen Menschen aus dem Krankenhausbereich hinwies. Doch wer dachte, wenigstens die DKP-Fraktion würde einen Antrag einbringen, der klipp und klar die Wiedereröffnung der Station zum Inhalt hatte, sah sich bitter enttäuscht. Während SPD und CDU in einem nach langatmiger Diskussion gemeinsam formulierten Antrag forderten, dem Oberbürgermeister müsse nahegelegt werden, das Problem mit Düsseldorf abzuklären, hatte die DKP-Fraktion den Alternativantrag gestellt, der Oberbürgermeister müsse zusammen mit einer Ratsdelegation, in der Mitglieder aller drei Fraktionen vertreten sind, die Angelegenheit in Düsseldorf klären.



Zwei „Schließungsadvokaten“: Krampe (Bundesknappschaft) und Dr. Menzel (ärztlicher Direktor); für sie sind kranke Menschen lediglich Kostenfaktoren, die man wegrationalisieren muß.

## Zur Haltung der DKP-Fraktion

Sicher hatte die DKP in den Reihen der Bürgerinitiative einiges Ansehen, denn sie unterstützte zunächst, im Gegensatz zu SPD und CDU und der zuständigen Gewerkschaft ÖTV, den Kampf der Initiative.

Schon in den ersten Juliwochen zeigte sich, wo die Stärke der Bürgerinitiative lag. Sie verstand es, die öffentliche Meinung für einen berechtigten Kampf zu mobilisieren; sie verstand es, sehr gut besuchte Versammlungen abzuhalten; sie versuchte, einen starken Rückhalt in der Bevölkerung zu bekommen. Und den braucht sie auch, um gegen die „konzertierte Aktion“ von Knappschaft und Verwaltung anzukommen. In dieser Situation veröffentlichte die „UZ“ am 13. Juli einen Artikel, der unkommentiert eine Absichtserklärung der Bottroper Stadtverwaltung wiedergab, die Verwaltung wolle sich „unbedingt für die Aufrechterhaltung der Station einsetzen“. Hier zeichnet sich bereits die Taktik ab, die am 7. August offen zutage trat, den Schwerpunkt des Kampfes in die Ratsgremien zu verlegen und nicht auf die Straße, unter die Bevölkerung.

Welche Haltung hätte eine Partei, die konsequent die Interessen der Bevölkerung vertritt, am 7. August eingenommen? Sie hätte einen Antrag eingebracht, der die sofortige Wiedereröffnung der Station K forderte, der forderte, daß kein Mitarbeiter der Station K, der in der Bürgerinitiative mitarbeitet, gemäßregelt wird. Dieser Antrag wäre bei den bestehenden Kräfteverhältnissen im Rat mit einiger Sicherheit abgelehnt worden. Dieser Antrag wäre aber geeignet gewesen, größere Teile der Bevölkerung in den gerechten Kampf der Bürgerinitiative miteinzubeziehen, vorausgesetzt, man würde ihn breit in die Öffentlichkeit tragen. Damit hätten sich die Bedingungen für einen erfolgreichen Kampf um die Wiedereröffnung der Station K erheblich verbessert.

Die DKP, die ständig den Eindruck zu erwecken sucht, sie trete für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung ein, hat das alles nicht getan; sie hat sich im wesentlichen den Anträgen von SPD und CDU angepaßt und die Bürgerinitiative im entscheidenden Moment im Stich gelassen.

## Veranstaltungen der KPD/ML zum Roten Antikriegstag 1979

Bielefeld: 23.8., 19 Uhr, Gaststätte Eggel, Arthur-Ladebeck-Str.  
 Bremerhaven (Spaden): 31.8., 20 Uhr, Gaststätte Gundermann, Leherstr. 52. Abfahrt in Bremen: 19 Uhr, Waller Seebad.  
 Darmstadt: 29.8., 19.30 Uhr, Gaststätte Petri, Arheilgerstr./Ecke Gardistenstr.  
 Dortmund: 30.8., 19.30 Uhr, Haus Göbeln, Schützenstr.  
 Duisburg (Meiderich): 24.8., 19 Uhr, Haus Hirtz, Emmericher Str. 104.  
 Essen: 29.8., 19 Uhr, Gaststätte Birkenauer, Mörikestr.  
 Gießen: 30.8., 19 Uhr, Pizza-West, Hardtalweg 12  
 Hamburg: 1.9., 20 Uhr, Gaststätte Jarrestadt, Jarrestadtstr.  
 Heide: 27.8., 19 Uhr, Gaststätte Rychwald, Neustr.  
 Kiel: 25.8., 17 Uhr, Gaststätte Waidmannsruh, Ecke Eckernförderstr. / Koppelsphalerallee  
 Lübeck: 23.8., 19.30 Uhr, Gaststätte 3 Bären, Große Burgstr.

Oberhausen: 26.8., 18 Uhr, Gasthof im Treppchen, Stockmannstr. 66  
 Stuttgart (-Ost): 9.9., 11 Uhr, Gaststätte Friedenau, Rotenbergstr. 127  
 Westberlin (Wedding): 30.8., 19 Uhr, Hertha-Domizil, Jülicher/Ecke Behmstraße.  
 Witten (-Annen): 30.8., 19.30 Uhr, Gaststätte Diergarten, Herdecker Str.  
 Wolfsburg: 25.8., 19 Uhr, Löwenhof, Restaurant Mazedonien-Grill, Saarstr. 23



Aufregung im Saal. Der Versammlungsleiter hatte die Sitzung unterbrochen, als die Zuschauer gegen die zynische Haltung der Bundesknappschaft protestierten.

Auf Einladung der Redaktion der albanischen Zeitung „Zëri i Popullit“, dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, bereiste ein Redakteur des „Roten Morgen“ sechs Wochen lang die Sozialistische Volksrepublik Albanien. Bewaffnet mit Notizblock, gespitztem Bleistift und schußbereitem Fotoapparat war er Gast bei Betriebsversammlungen, sprach er mit den Herren des Landes, den Arbeitern und Bauern, sammelte er Eindrücke über das Leben der albanischen Werktätigen, die nach eigenen Worten „leben und kämpfen wie im Belagerungszustand“. In der neuen Folge unserer Serie wird über die Arbeiterinnen des Textilkombinats „Stalin“ in Tirana berichtet.



## Reisereportage SVR ALBANIEN



Der Verfasser der Albanienreportage (links) mit albanischen Arbeitern

schon Parlaments. Auch die anderen leitenden Genossinnen, die sich hier versammelt haben, um meine Fragen zu beantworten, sind — mit einer Ausnahme — Frauen. Die Ausnahme ist der Sekretär des Parteikomitees, ehemaliger Dreher aus dem Enver-Werk. Aber auch er ist im Komitee „in der Minderheit“, dort dominieren ebenfalls, mit neun zu zwei, die Frauen. Und ähnlich ist es auch in den anderen Bereichen des Werkes.

Genossin Lida, die Leiterin der Gewerkschaftsorganisation, sagt: „80 Prozent der führenden Kader im Werk sind Frauen. Das ist sogar noch etwas mehr als der weibliche Anteil an der Gesamtbelegschaft ausmacht.“ Frauen in leitenden Funktionen, das ist im heutigen Albanien eine Selbstverständlichkeit. Die Genossinnen vom Stalin-Kombinat verschweigen jedoch nicht, daß es so selbstverständlich wie heute nicht immer gewesen ist. Gerade sie hatten gegen vielerlei Widerstände zu kämpfen, gerade ihr Werk war ein Brennpunkt des zähen Ringens um die vollständige Befreiung der Frau.

Die Genossin Eva erzählt über ihre Familie: „Mein Großvater war in der Vergangenheit ein Diener bei den reichen Leuten. Weder er noch meine Eltern hätten sich träumen las-

sen, daß ich jemals die häuslichen vier Wände verlassen würde, geschweige denn, daß ich eine Ausbildung als Ingenieur machen und schließlich Leiterin einer Fabrik werden könnte. So etwas lag völlig außerhalb ihrer Vorstellungskraft. Sie hätten von einer solchen Zukunft ihrer Tochter nicht einmal zu träumen gewagt.“

So glich die Stellung der albanischen Frau in vielem dem, was man heute noch beispielsweise in den ländlichen Gebieten der Türkei vorfindet. Auf ihr lastete nicht nur die schwere Last der Ausbeutung durch die Grundherren und Kapitalisten. Sie war auch gegenüber dem Mann völlig rechtlos. Sie mußte von ihm wie eine Ware gekauft werden, wobei es oft so war, daß dieses Geschäft zwischen den Familien der Braut und des Bräutigams von professionellen Heiratsvermittlern abgewickelt wurde. Die Braut selbst wurde nicht gefragt, ob ihr denn der zukünftige Mann auch zusagte, ja, oft genug kannte sie ihn nicht einmal.

Aus solchen elenden und drückenden Verhältnissen heraus hat sich die albanische Frau an der Seite des Mannes im nationalen Befreiungskrieg gegen die faschistischen Besatzer und die einheimischen Ausbeuter erhoben. 6000 Frauen und Mädchen kämpften mit der Waffe in der Hand in den Reihen der Partisanen. Hunderttausende andere bildeten das sichere Hinterland, indem sie die

alten Vorstellungen über die untergeordnete Rolle der Frau, die auch nach der Befreiung noch fortwirkten. Und die konnte man nicht einfach per Gesetz verbieten. Man mußte sie im ideologischen Kampf, in einer langwierigen geduldigen Überzeugungsarbeit überwinden.

## Die Aufbaujahre des Kombinats

Die Frauen, die hier vor dreißig Jahren des Textilkombinats aufbauten, standen auf einem schweren Kampfposten. Das erste Problem war es, überhaupt Arbeitskräfte für das neue Werk zu gewinnen. Das hieß, die Mädchen und Frauen oder vielmehr ihre Familien von der Notwendigkeit der Teilnahme der Albanerin an der Produktion zu überzeugen. Aus allen Teilen des Landes kamen damals die Arbeiterinnen der ersten Stunde. Es müssen wohl die fortgeschrittensten Frauen gewesen sein, solche, die im Aufbau des Werkes auch einen Beitrag im Kampf um ihre Befreiung sahen. Und welche Widerstände hatten sie zu überwinden! Die Genossinnen berichten mir, daß noch damals die Ansicht weit verbreitet war, die Fabrikarbeit sei eine Schande für jede Frau.

Die Genossin Hairir, heute

Kampf. Es wäre vermessen, zu behaupten, daß sie damals alleine gestanden hätten. „Natürlich wären auch wir Frauen ohne die Partei nicht dort, wo wir jetzt sind. Die Partei hat in diesen Jahren wirklich eine gewaltige ideologische Arbeit geleistet, um — wie es Genosse Enver sagte — die Frauen von den Ketten der bitteren Vergangenheit vollständig und endgültig zu befreien. Und natürlich war unser Betrieb auch nicht der einzige Kampfposten im Land. Überall wurden neue Werke errichtet, auf dem Land wurde der Kampf um die Kollektivierung geführt, und überall waren die Frauen dabei.“

Eine ältere Genossin erinnert sich: „Durch die gute Arbeit der Partei und des Frauenverbands mobilisiert, haben sich die Frauen zu Kampfkationen erhoben. Da war die große Demonstration in Korça. Die Frauen strömten zu Tausenden zusammen und verbrannten den islamischen Schleier, das verhaßte Symbol der Versklavung. Auch im Norden kam es später zu großen Kundgebungen gegen die Religion, die ja gerade für uns Frauen immer eine Fessel gewesen ist. Wie ein gewaltiger Ausbruch war das damals.“

Das Stalin-Kombinat mußte in jenen Anfangsjahren auch die Rolle einer Grundschule übernehmen. Denn die meisten Frauen, die hier zur Arbeit kamen, konnten weder lesen noch schreiben. Ein anderes Problem war die mangelnde berufliche Qualifikation. Es gab ja kaum eine unter den neuen Arbeiterinnen, die schon einmal in einer Fabrik gearbeitet hätte. Auch dieses Problem wurde schrittweise gelöst. Genauer gesagt, es wird noch gelöst. Denn, wie die Genossin Lida sagt, ist auch heute die ständige Weiterbildung der Arbeiterinnen eine erstrangige Sorge des Betriebs. Wie groß die Anstrengungen in dieser Richtung sind, kann man an der Tatsache ermessen, daß jede vierte Arbeiterin des Werkes gegenwärtig eine Ausbildung macht.

Ein sozialistischer Betrieb wie das Stalin-Kombinat ist ja nicht zu vergleichen mit den kapitalistischen Frauenbetrieben, wo die billige ungelernete Arbeitskraft der Kollegin ausgebeutet wird, wo sie gezwungen ist, unter dem Druck der Akkordhetze immer die gleichen mechanischen Arbeiten zu verrichten. Im Stalin-Kombinat sind die Arbeiterinnen selbst die Herren des Betriebs. Sie müssen die Gesetze der Produktion verstehen und anwenden können. Deshalb ist es auch notwendig, daß sie ihre fachliche Qualifizierung ständig erhöhen.

## Keine Sorge um Kindergartenplätze

Damit sich aber die Frauen in der produktiven Arbeit — und natürlich auch im gesellschaftlichen und politischen Leben — voll entfalten können, müssen bestimmte materielle Bedingungen gegeben sein. Dazu gehört in erster Linie, daß ihnen die Sorgen um die Unterbringung ihrer Kinder genommen werden. Wie sieht es damit bei den Kolleginnen des Stalin-Kombinats aus? Genossin Lida sagt dazu: „Zunächst gibt es bei uns im Betrieb eine ganze Reihe von Kinderkrippen. Weitere Krippen und Kindergärten finden die Frauen in den Stadtvierteln, in denen sie wohnen. Keine Familie muß

# „Das hätten sich unsere Eltern nicht träumen lassen.“

Bericht aus einem albanischen „Frauenbetrieb“

„Wo wir jetzt stehen, war früher ein großes Sumpfgebiet“. Die Genossin Lule macht eine ausholende Handbewegung. „Bis dort hinten an die Berge hat es gereicht. Die großen Herren haben hier vor den Toren Tiranas ihre Jagden veranstaltet.“ Das ist lange her. Mit den Herren und ihren Jagdpartien ist es aus, und der Sumpf wurde trockengelegt.

Wo früher der Grundbesitzer Toptani und seinesgleichen auf die Pirsch gingen, erstrecken sich heute die flachen Hallen einer Textilfabrik. Und als sichtbares Zeichen für die großen gesellschaftlichen Umwälzungen, des Sieges über die alten Herren, steht vor dem Tor eine Büste Josef Stalins. Das Werk trägt seinen Namen. Es ist übrigens die erste Textilfabrik, die überhaupt in Albanien errichtet wurde.

„Heute“, sagt die Arbeiterin Lule, „wird der Bedarf an Textilien völlig durch unsere eigene Produktion in diesem und in verschiedenen anderen Werken gedeckt. Ein Teil der Herstellung geht sogar ins Ausland, wobei wir uns von dem Grundsatz leiten lassen: zuerst werden die Bedürfnisse der Massen befriedigt und dann kommt der Export.“ Unser Rundgang durch das Fabrikgelände gleicht teilweise dem Spaziergang durch einen Garten. Überall sind großzügige Blumenrabatten angelegt, die jetzt in voller Blüte stehen. Mitten in die Beete sind Sitzbänke für die Erholung in den Pausen gestellt. Die Hallen selbst sind hell und geräumig. In langen Reihen stehen die automatischen Webstühle. Ihr rhythmisches Klappern jedoch verursacht einen wahren Höllenlärm.

Die Arbeiterinnen vom Textilkombinat sind durchaus nicht der Meinung, daß eine solche Lärmkulisse sozusagen eine normale Begleiterscheinung der

Produktion ist. „Wir haben schon seit langer Zeit Anstrengungen unternommen, um dieses Problem zu lösen“, sagt mir eine junge Arbeiterin. „Der ganze Betrieb, Arbeiterinnen, Ingenieure und Verwaltung waren dabei eingespannt. Gerade jetzt haben wir die Entwicklung einer grundlegenden Verbesserung der Maschinen abgeschlossen. Künftig werden sie pneumatisch betrieben und dadurch wesentlich weniger Lärm machen.“ Wenige Tage nach meinem Besuch im Kombinat hatte ich die Gelegenheit, in der Industrierausstellung „Albanien heute“ den ersten pneumatischen Webstuhl zu sehen. Es wird nun nicht mehr lange dauern, bis alle Maschinen im Textilkombinat umgerüstet sind. Und vielleicht hat der eine oder andere unserer Leser, der im nächsten Sommer Albanien besucht, dort die Möglichkeit, die neuen Maschinen in Aktion zu sehen.

78 Prozent der Belegschaft des Stalin-Kombinats sind Frauen. Das ist — auch auf unsere Verhältnisse übertragen — für einen Betrieb der Textilindustrie durchaus nichts Ungewöhnliches. Nur, bei uns wird bekanntlich auch in den sogenannten Frauenbetrieben das weibliche Element immer schwächer, je höher die betriebliche Stufenleiter steigt, bis man dann in den Chefetagen ausschließlich Männer vorfindet.

## 80 Prozent der Kader sind Frauen

Im „Chefzimmer“ des Stalin-Kombinats dagegen empfängt uns eine Frau, die Genossin Eva Budina, Direktorin des Werks und seit vielen Jahren auch Abgeordnete der Volksversammlung, des alba-

## „Der Mann ist berechtigt, die Frau zu prügeln“

Um die Situation der albanischen Frauen vor der Befreiung zu verstehen, genügt es vielleicht, das von einem Pater geschriebene Gesetz „Leke Dukagjini“ anzuführen,

Versorgung der Freiheitskämpfer organisierten.

Es liegt auf der Hand, daß die Beteiligung der Frau an der Befreiung Albaniens eine tiefe Umwälzung der alten Sitten und Gewohnheiten einleitete. Aber das war erst ein Anfang. Man kann nicht sagen, daß die Frau als völlig gleichberechtigte Partnerin des Mannes in die neue sozialistische Gesellschaft eingetreten wäre. Gewiß, mit dem Sieg des Volkes, mit der Errichtung der Volksmacht waren die wesentlichen Bedingungen für die Befreiung der Frau geschaffen. Und an die Stelle des „Leke Dukagjini“ traten nun Gesetze, in denen die Gleichstellung von Mann und Frau festgelegt wurde. Aber das war eben nur die eine Seite. Die andere Seite, das waren die



Arbeiterinnen lesen einen „Blitzbrief“ am Betrieb

Fortsetzung auf Seite 10

## Fortsetzung von Seite 9

sich um einen Platz für ihre Kinder sorgen."

In Albanien wird im Gegenteil eine breite Werbung für den Besuch der Kindergärten gemacht. Denn sie sind hier nicht einfache Aufbewahrungsstellen für die Kleinen. Neben der Tatsache, daß sie die werktätigen Frauen entlasten, haben sie auch eine sehr wichtige Erziehungsfunktion. Und das ist der Grund, warum man hier die Eltern zu überzeugen versucht, daß die Kleinen in den Kindergärten und nicht in die Obhut einer Oma gehören, die tagsüber auf sie aufpaßt. Was die Erziehung betrifft, soll hier nur ein Beispiel angeführt werden. Ich habe es selbst in einem Kindergarten erlebt, wie dort das beliebte „Was will ich werden?“ gespielt wurde. Und die Erzieherin wirkte behutsam darauf hin, daß Jungen und Mädchen gleiche Berufsvorstellungen entwickelten und nicht in die traditionellen Vorstellungen von Männer- und Frauenberufen gerieten. Es ist natürlich auch in dieser Hinsicht mehr als fraglich, ob die Oma, die ja selbst oft noch in alten Vorstellungen befangen ist, die Kinder in eine solche Richtung leiten könnte.

## Wenn das Kind krank wird

Die Frauen vom Stalin-Kombinat, wenn sie ihre Jungen oder Mädchen in den Kindergärten bringen, müssen nur — je nach Verdienst — 20 bis 40 Prozent der Kosten tragen. Und für sie ist es auch selbstverständlich, daß sich die Öffnungszeiten der Kindergärten nach ihrer Arbeitszeit richten. Für einen Platz für die Kinder ist also gesorgt. Und auch sonst geraten die Arbeiterinnen aus dem Kombinat nicht in Widerspruch zwischen der Sorge um ihre Kinder und der Arbeit im Betrieb. Nehmen wir einmal an, die kleine Tochter der Genossin Lule (sie ist anderthalb Jahre alt) wird krank. In diesem Fall ist es selbstverständlich, daß entweder Lule oder ihr Mann zuhause bleiben. Wobei sie weder Ärger im Betrieb noch gar einen Rausschmiß zu befürchten hätten.

Im Gegenteil, sie oder er würde dadurch nicht einmal einen Lohnausfall erleiden. Es gilt nämlich in Albanien die Regel, daß in einem solchen Fall — und wenn das Kind unter zwei Jahren alt ist — der Lohn des jeweiligen Elternteils voll weitergezahlt wird, solange die Krankheit des Kindes dauert. Bei älteren Kindern gibt es auch bezahlten Urlaub, allerdings nicht in voller Höhe. Wäre nun Lules Mädchen ernsthaft erkrankt und müßte ins Krankenhaus eingewiesen werden, dann hätte die Mutter das Recht, sich ebenfalls — kostenlos — ins Krankenhaus aufnehmen zu lassen, um Tag und Nacht bei ihrem Kind sein zu können.

Und welche Vergünstigungen haben die Kolleginnen des Kombinats während der Schwangerschaft?

„Eine schwangere Arbeiterin“, sagt die Genossin Lida, „braucht nur noch eine leichte Arbeit zu machen, die sie nicht belastet. Jeweils 45 Tage vor und nach der Entbindung bekommt sie dann bezahlten Urlaub. Und wenn sie wieder im Betrieb ist, kann sie ihre Arbeit regelmäßig unterbrechen, um das Kind zu stillen.“

In der nächsten Ausgabe des RM: Die Beziehungen des Stalin-Kombinats zu den Verbrauchern. Das Kombinat als Freizeitzentrum.



Am 2. Oktober 1978 versammelten sich 50 000 Menschen auf dem Platz der Drei Kulturen in Mexiko City. Sie forderten Freiheit für die politischen Gefangenen und gedachten der

Opfer des Massakers von 1968. Damals waren auf demselben Platz Hunderte von protestierenden Studenten getötet worden.

# „Für den Sieg der proletarischen Revolution in Mexiko“

Brief der KP Mexikos/ML

Auf seinem 3. Plenum verabschiedete das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Mexikos/Marxisten-Leninisten ein Kommuniqué, das als

Brief an alle Bruderparteien geschickt wurde. Nachfolgend veröffentlichen wir diesen Brief im vollen Wortlaut.



„Volksrevolution“ ist das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Mexikos/ML.

Die KPM/ML — geboren aus dem revolutionären Kampf unseres Volkes gegen die mexikanische Großbourgeoisie und den nordamerikanischen Imperialismus — beging am 4. März ihren ersten Jahrestag. Die KPM/ML ist entstanden durch die konsequenten Aktivitäten der Revolutionäre und der organisierten Kommunisten zum Wiederaufbau der von den KPM-Revisionisten verratenen und zerstörten Vorhut des Proletariats; sie ist entstanden in langer und hartnäckiger Arbeit, in einem langen und kompromißlosen Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre revisionistischen Agenten, gegen alle Versuche von Kräften guevaristischer und maoistischer Richtung, von „Linken“ und Volkstümlern, den Wiederaufbau der Partei zu sabotieren.

Unsere Partei verfügt über die großen revolutionären Erfahrungen des Proletariats, sie stützt sich auf die Tradition des heldenhaften Kampfes von Cananea und Rio Blanco 1907, der nordamerikanischen Indianer von 1898, der Zapata-Armee von 1910 bis 1917, der Aufstände der Arbeiter und Bauern in den zwanziger Jahren und der revolutionären Gewerkschaftsbewegung der dreißiger Jahre. Unsere Partei erfüllt das Vermächtnis von Tausenden und Abertausenden von Kadern, die von der Diktatur der Bourgeoisie ermordet wurden und von Tausenden von Kommunisten, die im Kampf, bei der revolutionären Arbeit gefallen sind.

Die Entstehung unserer Partei bedeutet eine neue Etappe im revolutionären Kampf des Proletariats und des mexikanischen Volkes. Heute hat das mexikanische Proletariat wieder seine Vorhut. Der revolutionäre Kampf unseres Volkes steht heute unter der Führung der Arbeiterklasse, und in immer stärkeren Maße wird die Partei diesen Kampf anleiten, bis zur Zerschlagung

des Staates der Großbourgeoisie und der Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Die wirkliche Lage, in der unser Volk heute lebt, wurde ebenso wie sein Kampf dagegen auf internationaler Ebene lange verheimlicht. Die nordamerikanischen Imperialisten und die mexikanische Großbourgeoisie wollen unser Land als ein „demokratisches Modell“ hinstellen. Dieser Absicht haben sich auch die sowjetischen und die chinesischen Revisionisten angeschlossen. Sie behaupten, die mexikanische Bourgeoisie wäre „fortschrittlich und anti-imperialistisch“. Sie verteidigen offen diese Bourgeoisie und gewähren ihr jede Unterstützung. Besonders die chinesischen Revisionisten haben die Vertreter der mexikanischen Großbourgeoisie mit allem Prunk empfangen und zwar zu einem Zeitpunkt, da diese unser Volk unterdrückte und mordete, Demonstrationen niederschießen ließ und Tausende von Mexikanern tötete.

|             |                                         |
|-------------|-----------------------------------------|
| 2.10.68     | 500 Tote                                |
| 10.6.71     | 104 Tote                                |
| Mai/Juni 72 | 2000 ermordete Bauern im Staate Hidalgo |
| 1976        | 400 ermordete Bauern in Guerrero        |

Das sind Zahlen, die die internationale Presse verschwiegen hat. Genauso verschweigt sie, daß unser Volk unterdrückt wird. Einige unserer Genossen haben aufgrund der Unterdrückung bereits das Leben verloren, andere sind verhaftet und zu langen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Und viele andere werden verfolgt.

Unser Volk, an seiner Spitze die Arbeiterklasse, kämpft gegen die mexikanische Großbourgeoisie und den nordamerikanischen Imperialismus, gegen das kapitalistische System, das uns elende Lebensbedingungen aufzwingt, ein System, das 70 Prozent der Arbeiter arbeitslos oder unterbeschäftigt hält, ein System,

das einen Inflationsprozeß hervorgebracht hat, bei dem Geld innerhalb von fünf Jahren 80 Prozent seines Wertes verloren hat, ein System, das sich nur mit schärfster Unterdrückung an der Macht hält und dem Volk jedes demokratische Recht verweigert. Heute, wo die Reaktionäre aller Schattierungen ihre Angriffe gegen das internationale Proletariat verschärfen, wo der nordamerikanische Imperialismus und der Sozialimperialismus einen neuen gefährlichen Feind aller Völker an ihre Seite bekommen haben und die Großmächte ihre Kriegsvorbereitungen intensivieren, wo sich die Welt in einer komplexen Lage befindet, heute haben die wahren Marxisten-

Leninisten mehr denn je die wichtige Aufgabe, die Sache der proletarischen Revolution in einen sicheren Hafen zu bringen.

Deshalb steht die internationale marxistisch-leninistische Bewegung vor der Aufgabe, einen gewaltigen Kampf zu entfesseln, um die breiten Massen der Arbeiter und Bauern mit Kühnheit und bolschewistischem Mut zum Aufbau des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab zu führen. Das ist eine Aufgabe, die uns auch dazu verpflichtet, den Sozialismus zu verteidigen, wie er durch die Sowjetunion Lenins und Stalins und die Kommunistische Internationale repräsentiert wurde und wie er heute durch das

## Die marxistisch-leninistische Bewegung kann und muß sich zusammenschließen

Die Marxisten-Leninisten haben die revisionistische Basis der chinesischen Führer entlarvt. Diese Basis findet sich im gesamten Werk von Mao Tsetung und wir haben begriffen, daß wir den Revisionismus von Mao nicht vom Revisionismus der gegenwärtigen chinesischen Führer trennen können. Und heute müssen wir gegen die maoistische Ideologie kämpfen und gegen die Spaltung und Sabotage, die von der KPCh betrieben wurden, zu einer Zeit, als wir ihre Führer noch für Genossen hielten.

Der Maoismus ist nicht nur eine Ideologie, die auf dem Papier steht, sondern eine verführerische Praxis, die in den Reihen der Partei die Existenz von Fraktionen akzeptiert, sie sogar für gesetzmäßig hält, die die Versöhnung der Bourgeoisie mit dem Proletariat anstrebt, die den Klassenkampf aushöhlt und ihn durch die Klassenzusammenarbeit ersetzt. Wir alle kennen die Spaltungsmanöver dieser sogenannten Marxisten-Leninisten. Sie haben mit dem Ziel gearbeitet, die Parteien zu spalten oder deren Gründung zu verhindern. Sie wollten die Einheit der Marxisten-Leninisten auf der ganzen Welt verhindern. Indem sie den Marxismus-Leninismus für veraltet erklärten, versuchten sie die revisionistische Ausgeburt der „Maotsetungideen“ an seine Stelle zu setzen. Der Maoismus ist noch nicht völlig aus unseren Reihen verschwunden. Die Ergebnisse seiner

fraktionistischen Tätigkeit und die Merkmale seines Einflusses sind noch vorhanden. Man muß sie vollständig auslöschen oder sie werden weiter Schaden anrichten. Es genügt nicht, die „Theorie der drei Welten“ zu bekämpfen, wenn wir heute nicht gleichzeitig den Maoismus bekämpfen.

Der Genosse Enver Hoxha legte im Rechenschaftsbericht an den 7. Parteitag dar: „Das Proletariat muß in diesem großen und schwierigen Kampf mit geschlossenen Reihen handeln. Die Einheit seiner Reihen ist jedoch nur zu erreichen, wenn die marxistisch-leninistische Lehre treu befolgt und angewendet wird.“

Der Maoismus hat Schaden angerichtet. Um ihn zu vernichten, brauchen wir keine neue Theorie zu erfinden, wir müssen den Marxismus-Leninismus nur prinzipienfest und konsequent anwenden, ihn als unsere einzige Richtschnur im Kampf für die Revolution in unseren Ländern betrachten und wir müssen uns ständig im internationalen Kampf des Proletariats vereinen.

Wir sind der Meinung, daß diese Einheit nicht von selbst kommt, dafür müssen wir viel arbeiten und zu einer gemeinsamen Konferenz aller marxistisch-leninistischen Parteien der Welt gelangen. Wir sind der Meinung, daß unsere Verbindungen noch enger werden müssen. Wir vertrauen darauf, daß die internationale marxistisch-leninistische Bewegung eine ständige Steigerung und

sozialistische Albanien vertreten wird.

Unabhängig von den konkreten Merkmalen oder dem Grad der Entwicklung in den verschiedenen kapitalistischen Ländern steht für uns alle die gemeinsame Aufgabe unserer Epoche an: den Kapitalismus zu zerstören und den Sozialismus zu errichten. In unserem Land richtet sich der Kampf unserer Partei nicht nur gegen den Imperialismus und die mexikanische Großbourgeoisie sowie deren direkte Agenten. Er richtet sich auch gegen ihre verborgenen Agenten, die Revisionisten vom Typ Verdugos von der KPM, Talamantes von der PST, gegen Trotzisten, Maoisten usw. Wir wissen, daß die Gesetze der Geschichte den Weg vorschreiben, die Geschichte aber wird von den Völkern gemacht. Auch von unserem Volk, das schon lange genug hat von den sechzig Jahren faschistischer „Demokratie“, das genug hat davon, von der Demokratie reden zu hören und zu sehen, daß nur die großen Kapitalisten Freiheit genießen, während es für das Volk nur Hunger, Unterdrückung und Faschismus gibt. Unser Volk weiß, daß es eine wirkliche Demokratie nur durch einen äußerst mutigen Kampf für die Diktatur des Proletariats erreichen kann.

Heute wissen wir besser denn je, daß für uns die einzige theoretische Grundlage diejenige ist, die von Marx, Engels, Lenin und Stalin erarbeitet und verteidigt wurde. Heute müssen wir mehr denn je mit dieser Theorie arbeiten und ohne Zögern und Ermüdung gegen jede revisionistische Abweichung kämpfen, auch gegen den Mao-Revisionismus, die „Maotsetungideen“, die sich viele Jahre hinter einer Maske verbargen, deren konterrevolutionären und revisionistischen Wesen heute jedoch klar zu Tage tritt.

Stärkung erfährt und gemeinsam unter den Fahnen des proletarischen Internationalismus marschieren wird: unter den roten Fahnen des Marxismus-Leninismus.

Genossen, an diesem ersten Jahrestag des Wiederaufbaus unserer Partei entbieten wir Euch herzlichste revolutionäre Grüße. Wir möchten, daß unsere Partei die gesteckten Ziele erreicht. Wir sind davon überzeugt, daß wir sie erreichen werden, wenn wir die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin auf die Bedingungen unseres Landes anwenden. Laßt uns die brüderlichen Bande festigen! Laßt uns unsere Beziehungen vertiefen auf der festen Grundlage des proletarischen Internationalismus! Wir sind sicher, daß der Tag nicht allzu weit ist, an dem — die Erfahrungen der Kommintern zusammenfassend — wieder eine neue Kommunistische Internationale mit Geduld und Festigkeit arbeiten wird.

Wir wollen unsererseits noch einmal unsere große Verpflichtung betonen: der Erstarbung des Kampfes aller Bruderparteien zu dienen und sie ohne Einschränkung zu unterstützen, dem Sieg des internationalen Proletariats und dem Sieg der proletarischen Revolution in Mexiko zu dienen. Wir sind sicher, daß wir das erreichen werden.

Es lebe der Marxismus-Leninismus!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Brüderlich  
ZK der KPM/ML.



Genossen aus verschiedenen Ländern sitzen zusammen und tauschen Erfahrungen aus. Diejenigen, die mehrere Sprachen beherrschen, waren oft Tag und Nacht im Einsatz.

3. bis 15. August in Saler bei Valencia

## 3. Internationales Jugendlager erfolgreich durchgeführt

Provokation der spanischen Regierung gegen die SVR Albanien

Am 3. August wurde das 3. Internationale Jugendlager in Saler bei Valencia an der Ostküste Spaniens eröffnet, zu dem marxistisch-leninistische Jugendverbände Europas, darunter die Jugendorganisation der KPD/ML, die Rote Garde, aufgerufen hatten. Die Vorbereitung des Lagers wurde von den Genossen des Kommunistischen Jugendverbands Spaniens/ML in hervorragender Weise durchgeführt.



Die verschiedenen Jugendverbände und Parteien hatten kleine Ausstellungen arrangiert, wo man sich über ihren Kampf informieren konnte.

Unter dem Motto „Für die Rechte der Jugend gegen Imperialismus und Reaktion“ fanden auf dem Zeltplatz, dem Sportgelände und der Arena zahlreiche Feste, Veranstaltungen und Diskussionsrunden statt. Über weltanschauliche Grenzen hinweg diskutierten Jugendliche aus aller Herren Länder über ihr Leben, ihre Kampferfahrungen und ihre Länder. Die anwesenden Jugendverbände und Parteien stellten sich durch Vorträge, Lieder und Ausstellungen vor. Die marxistisch-leninistischen Jugendverbände und Parteien trugen ihre Ansichten unter die Teilnehmer des Jugendlagers, wobei die Diskussion um die Verurteilung der antimarxistischen Mao-Tse-tung-Ideen und die Propagierung des Stalin-

Jahres schnell in den Mittelpunkt rückten. Die gemeinsame Stalin-Erklärung der marxistisch-leninistischen Parteien wurde verbreitet; Kommunisten aus allen Ländern machten einen gemeinsamen Büchertisch, wo Schriften von und über Stalin in vielen Sprachen angeboten wurden.

Das monarcho-faschistische Regime Spaniens hatte bis zuletzt versucht, das 3. Internationale Jugendlager zum Scheitern zu bringen. So hatten sie bis zum 31. Juli noch nicht die behördliche Genehmigung für das Lager erteilt, so daß die spanischen Genossen nur verdeckt mobilisieren konnten. Die KP Spaniens/ML und die Kommunistische Jugend Spaniens/ML führten mit großem Einsatz einen Kampf gegen diese Schikanen und trotzten den Behörden die Legalisierung des Lagers ab.

Eine besonders üble Provokation gegen die internationale Solidarität der Jugend leistete sich das spanische Außenministerium. Es verweigerte einer Delegation der Sozialistischen Volksrepublik Albanien die Einreise nach Spanien. Das konnte aber die Liebe und Achtung gegenüber dem sozialistischen Albanien in keiner Weise beeinträchtigen.

In einem Kommuniqué, das anlässlich des Einreiseverbots veröffentlicht wurde, heißt es unter anderem: „Wenn die spanische Regierung meint, mit Albanien keine Beziehung haben zu müssen, dann ist das ihre Sache! Aber sie soll sich nicht einbilden, damit die kämpferische Solidarität mit dem sozialistischen Albanien zerstören zu können.“

Das 3. Internationale Jugendlager, das am 15. August zu Ende ging, wird bei den Teilnehmern einen bleibenden tiefen Eindruck hinterlassen. Die jungen Genossen sind in dem Bewußtsein gestärkt worden, Schulter an Schulter mit der Jugend der Welt über Imperialismus, Revisionismus und Weltreaktion zu triumphieren, die Ausbeuterklassen hinwegzufegen und eine Welt zu errichten, die der Jugend eine glänzende Perspektive eröffnet.

sollen Neuwahlen unter britischer Kontrolle vorbereitet werden, und die neue Verfassung soll in London entworfen werden. Nach wie vor kämpfen Soldner aus Britannien und den anderen Commonwealth-Staaten wie Kanada, Neuseeland und Australien gegen die Patrioten Simbabwe, für die Verteidigung der weißen Rassisten, deren Herrschaft den Einfluß der Imperialisten in Rhodesien garantiert.

Nach wie vor verüben die rhodesischen Truppen auf Befehl Muzorewas Anschläge gegen die Nachbarländer unter dem Vorwand, Stützpunkte der patriotischen Einheiten anzugreifen. Erst kürzlich überschritten sie wieder die Grenze nach Botswana. Das alles geschieht mit Billigung der britischen und anderen westlichen Imperialisten.

Solange die Regierung Muzorewa existiert, solange die weißen Rassisten die entscheidenden Machtinstrumente beherrschen, kann von einer Machtübernahme durch die schwarze Mehrheit keine Rede sein. Nach wie vor steht der bewaffnete Kampf der Patrioten Simbabwe gegen die Armee der Rassisten und ihrer Soldner, gegen die britischen und anderen Imperialisten auf der Tagesordnung. Der Thatcher-Plan muß als erneuter Versuch, dem Volk von Simbabwe die Unabhängigkeit zu verweigern, verurteilt werden.



Spontan wurde ein internationaler Lagerchor organisiert. Beim Fußballspielen wurde eine Mannschaft der Roten Garde mit 4:7 von Genossen aus der Türkei bezwungen; später siegten die Rotgardisten gegen eine Elf von spanischen Genossen mit 6:4.

## Warnstreiks der britischen Metaller Industrie soll auf Kosten der Werktätigen gesundschrumpfen

1,3 Millionen Arbeitslose, 17,5 % Inflation

Mit einer Kette von Warnstreiks haben britische Metaller den Kampf gegen die ständige Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage aufgenommen. Sie wehren sich gegen Reallohnverluste, die durch die verschärfte Inflation verursacht werden; selbst die Regierung hat für den Herbst eine Teuerungsrate von 17,5 Prozent vorausgesagt. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit fordern die Werktätigen weiter den Einstieg in die 35-Stunden-Woche, die bis spätestens 1982 verwirklicht werden soll.

Die Kampfaktionen der Metaller, die sich sicher noch ausweiten werden, sind die Antwort auf den Plan der Thatcher-Regierung, durch „Gesundschrumpfen“ der Wirtschaft die Arbeitsplatzvernichtung noch weiter voranzutreiben. Nach diesem Plan sollen jetzt zum Beispiel zwei Stahlwerke stillgelegt werden, was allein schon die Vernichtung von 12.000 Arbeitsplätzen zur Folge hätte. Außerdem wird durch diese Politik die Kapitalkonzentration gefördert. Kleine und auch mittlere Betriebe bleiben auf der Strecke.

Im Bereich des öffentlichen Dienstes hat sie unmittelbar nach dem Wahlsieg der Konservativen eine große „Säuberungswelle“ eingeleitet; allein in der Verwaltung sind bis jetzt mehr als 20.000 Arbeitsplätze zerstört worden. Auf ähnliche Weise soll auch die Schiffsbauindustrie „gesundschrumpfen“.

Die Gewerkschaften haben klargemacht, daß die Arbeitslosenzahl von gegenwärtig 1,3 Millionen (nach offiziellen Angaben) zur Jahreswende die Zweimillionengrenze durchbrechen wird, wenn der Politik der brutalen Arbeitsplatzvernichtung nicht mit allen Mitteln Einhalt geboten wird.

Gleichzeitig hat Margaret Thatcher zahlreiche Gesetzesinitiativen zur Beschränkung gewerkschaftlicher Rechte angekündigt. Die Arbeiterbewegung soll mittels staatlicher Macht niedergezwungen werden, um die radikale Politik der Sanierung der Unternehmerprofite durchsetzen zu können.

Die Metaller haben den Kampf aufgenommen, andere Branchen werden folgen. Die britischen Monopole und ihre neue Regierung können sicher sein, daß die Arbeiterklasse ihnen einen heißen Herbst bereiten wird.

Thatcher legt neuen Rhodesien-Plan vor

## Manöver zur Verteidigung des Rassisten-Regimes

Neue Aggressionsakte rhodesischer Truppen

Nachdem die britische Regierung offensichtlich gescheitert ist, dem rassistischen Muzorewa/Smith-Regime in Rhodesien weltweite Anerkennung zu verschaffen, hat die britische Premierministerin Thatcher eine neue Taktik eingeschlagen, um die Interessen der britischen und anderen westlichen Imperialisten und die der weißen Rassisten doch noch zu wahren.

Im Rahmen der Commonwealth-Konferenz in Sambia Hauptstadt Lusaka legte sie ihr neues Programm vor, das sich dann später auch in einer Verlautbarung des Commonwealth-Sekretariats niederschlug. Die britische Regierung gesteht nunmehr zu, daß die derzeitige Verfassung Rhodesiens „mangelhaft“ sei; eine neue Verfassung müsse allerdings „angemessene Garantien“ für die weiße Minderheit enthalten, Neuwahlen unter britischer Aufsicht werden empfohlen; Vorbedingung sei die Beendigung des Bürgerkriegs.

Thatchers Haltung zum Rhodesien-Konflikt fand weltweite Beachtung. In sambischen Presseorganen avancierte die eben noch als „rassistisch“ bezeichnete britische Regierungschefin zu einer Dame mit „spektakulären politischen Er-

lungenschaften“.

Thatchers „spektakuläre Erlungenschaft“ war notwendig geworden, weil das erste Manöver der britischen Imperialisten, den Ansturm der bewaffneten Patrioten Simbabwe abzuwehren, gescheitert war. Im Gefolge der sogenannten „April-Wahlen“ hatte die Regierung Muzorewa/Smith die Regierung Smith abgelöst, und die britischen Imperialisten versuchten vergeblich, das neue Regime der Weltöffentlichkeit als „schwarze Mehrheitsregierung“ zu präsentieren. In Wirklichkeit konnte von einer Machtübernahme durch die schwarze Bevölkerung keine Rede sein. Die weißen Rassisten stellen 28 von 100 Abgeordneten, obwohl sie nur 4 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Sie kontrollieren nach wie vor nicht nur die Wirtschaft des

Landes, sondern auch Polizei, Armee und Justiz, und sie haben die hohen Beamtenstellen im Staatsapparat für sich monopolisiert. Die Patrioten Simbabwe setzten auch nach den April-Wahlen den bewaffneten Kampf gegen das Rassisten-Regime mit unverminderter Heftigkeit fort.

Margaret Thatcher mußte auf einer Pressekonferenz in Lusaka zugeben, daß ihre Regierung bei einer Anerkennung Muzorewas „in die Isolation geraten“ wäre.

Doch auch ihr neuer Vorstoß ist in keiner Weise geeignet, dem Volk von Simbabwe endlich die wirkliche Unabhängigkeit zu gewähren. Muzorewa zeigte sich zwar über die neuen Pläne der britischen Regierung verärgert, signalisierte aber Gesprächsbereitschaft. Nach Thatchers Plan

## HÖRT RADIO TIRANA

| UHRZEIT     | 1. Programm | WELLENLÄNGE |    |
|-------------|-------------|-------------|----|
| 13.00-13.30 | 9350 kHz    | 32,08 m     | KW |
|             | 7300 kHz    | 41,10 m     | KW |
| 14.30-15.00 | 9350 kHz    | 32,08 m     | KW |
|             | 7300 kHz    | 41,10 m     | KW |
| 16.00-16.30 | 9350 kHz    | 32,08 m     | KW |
|             | 7300 kHz    | 41,10 m     | KW |
| 18.00-18.30 | 9350 kHz    | 32,08 m     | KW |
|             | 7300 kHz    | 41,10 m     | KW |
| 19.00-19.30 | 7300 kHz    | 41,10 m     | KW |
|             | 5945 kHz    | 50,46 m     | KW |
| 19.00-19.30 | 1394 kHz    | 215 m       | MW |
| 21.30-22.00 | 7300 kHz    | 41,10 m     | KW |
|             | 5945 kHz    | 50,46 m     | KW |
|             | 1457 kHz    | 215 m       | MW |
| 23.00-23.30 | 7300 kHz    | 41,10 m     | KW |
|             | 5945 kHz    | 50,46 m     | KW |
|             | 1457 kHz    | 206 m       | MW |
| 06.00-06.30 | 7300 kHz    | 41,10 m     | KW |
|             | 5945 kHz    | 50,46 m     | KW |
|             | 1394 kHz    | 215 m       | MW |



## Todesschüsse in Oldenburg

## „Die Polizei — dein Sterbehelfer“

In der Nacht zum Sonntag letzter Woche erschoss ein Polizeiobermeister in Oldenburg den Filialleiter eines Supermarktes und verletzte dessen Sohn schwer. Damit wurde die lange Liste der Opfer von Polizeischüssen um einen weiteren Todesfall erweitert.

Wilfried Rabe, der Filialleiter, hatte die Polizei selbst gerufen. Am Sonntagmorgen, gegen 3.57 Uhr, signalisierte in seinem Hause die Alarmanlage einen Einbruch in den Supermarkt. Rabe rief die Polizei an und fuhr, begleitet von seinem

Sohn, zum Supermarkt.

Rabe vertraute auf die Devise: „Die Polizei — dein Freund und Helfer“. Das war für ihn ein tödlicher Irrtum. Die Polizei erwies sich als sein Sterbehelfer.

Als Rabe am Supermarkt

eintraf, hatte die Besatzung eines Streifenwagens bereits das Gelände inspiziert. Rabe und die Polizisten verfehlten sich jedoch zunächst. Auf der Rückseite des Supermarktes trafen sie schließlich im Dunkeln zusammen. Die Polizisten hielten den Filialleiter und seinen Sohn, der eine Schreckschusspistole in der Hand hielt, für die Einbrecher. Der Polizeiobermeister „fühlte sich bedroht“, sah sich in einer „Notwehrsituation“. Er schoß — gezielt.

Der Filialleiter Rabe brach, durch den Kopf geschossen, zusammen. Er starb eine Stunde später im Krankenhaus. Sein Sohn wurde in die Schulter getroffen. Der Sohn ist übrigens selbst Polizist.

Ein Polizeisprecher suchte gegenüber der Öffentlichkeit die tödlichen Schüsse auf eine „Verkettung unglücklicher Umstände“ zurückzuführen. Sicher hat in Oldenburg eine „unglückliche Verkettung“ eine gewisse Rolle gespielt. „Unglückliche Verkettungen“ spielen in solchen Fällen immer eine Rolle. — Die wirkliche Ursache für den Tod des Filialleiters Rabe ist die Schießwutigkeit der bundesdeutschen Polizei. Diese Schießwutigkeit ist kein Ausreißer eines einzelnen Beamten, sie ist kein oldenburgischer Einzelfall. Sie hat System. Sie ist das Produkt der gesamten Polizeipolitik in diesem Staat.

— In diesem Staat, wo der „gezielte Todesschuß“ gesetzlich abgesichert ist, wo die uniformierten Todesschützen für ihre Taten Rückendeckung von Vorgesetzten und Politikern erhalten und in der Regel straffrei ausgehen, wo unter dem Deckmantel einer Terroristenjagd ein allgemeines Schießklima erzeugt worden ist, — in diesem Staat muß es ja zu Vorfällen wie jetzt wieder in Oldenburg kommen!

Und wie immer in solchen Fällen wird nun auch in Oldenburg versucht, den Opfern die Schuld an den Schüssen in die Schuhe zu schieben. Der Polizeisprecher schämte sich nicht zu erklären: „Der Sohn des Kaufmanns, der selbst Polizeibeamter ist, mußte wissen, daß er den ihm entgegenkommenden Kollegen durch Zuruf hätte klar machen müssen, daß es sich bei ihnen nicht um die Einbrecher handelte.“



Sägemehl, um das Blut der von den Polizeikugeln Getroffenen aufzusaugen; Kreidestriche, die die Lage der niedergeschossenen Körper festhalten —: Spuren eines Polizeieinsatzes in Oldenburg.

## „Phantom“ verwüstet ganzes Dorf

Knapp einer Katastrophe entgingen die Bewohner der saarländischen Gemeinde Lebach-Thalexweiler. Am letzten Donnerstag stürzte ein „Phantom“-Düsenjäger der US-Armee auf das Dorf. Die beiden Piloten waren schon vorher per Schleudersitz abgesprungen.

Durch den Absturz wurden mindestens 40 Häuser beschädigt; neun Menschen erlitten leichte Verletzungen. In fünf der von den Flugzeugtrümmern beschädigten Häusern befanden sich zur Zeit des Absturzes insgesamt etwa 20 Personen.

Drei Bewohner konnten sich nur dadurch retten, daß sie aus dem Fenster sprangen. Zahlreiche Dächer wurden von einschlagenden Wrackteilen beschädigt sowie Fenster umliegender Häuser und parkender Autos zersplittert.

Vor knapp einem Monat erst hatte eine abstürzende britische Militärmaschine bei Gießen große Verwüstungen angerichtet. Bei Phantom-Abstürzen bei Forchheim und Detmold kamen in diesem Jahr bereits zehn Menschen ums Leben.

## 50. Todestag von Heinrich Zille



„Das Eiserne Kreuz“. — Da liegt es auf dem Tisch, das Ding, mickrig, witzlos, lächerlich, ein Hohn angesichts des Schmerzes, ein Hohn angesichts der Not und der Probleme, die die Kriegerwitwe, die Frau des gefallenen Proletariers mit ihren kleinen Kindern nun zu bewältigen hat. — Heinrich Zilles Zeichnungen und Lithographien — „Das Eiserne Kreuz“ ist nur ein Beispiel für viele — sprechen uns auch heute noch durch ihre Einfachheit, ihre Bescheidenheit an, auch durch ihren Witz und Humor. Die Lage der Berliner Proletarier exakt wiedergebend, sind sie eine bittere Anklage der sozialen Verhältnisse. Zille kann das Milieu, das er zeichnete, genau. Bei den Berliner Arbeitern war er beliebt. Er zeichnete in den Kneipen, in den Wohnungen.

Heinrich Zille starb vor 50 Jahren, am 9. August 1929.

Trinkgeld-Skandal im NRW-Landtag  
Die Spendierhosen der Parlamentarier

Wenn die nordrhein-westfälischen Parlamentarier gegenüber Kellnern, Zimmermädchen, Liftboys, Chauffeuren, Hostessen, Bardamen etc. mit großzügigen Trinkgeldern die spendablen Herrn markierten — zahlten in Wirklichkeit die Steuerzahler die Zeche.

Der Trinkgeld-Skandal wurde jetzt vom Präsidenten des nordrhein-westfälischen Landesrechnungshofs aufgedeckt. Jahrelang hatten die sauberen Volksvertreter — ob sie nun von CDU, SPD oder FDP waren — ihre Auslagen an Trinkgeldern über die Landtagskasse abgerechnet.

Wer aber nun glaubt, die Parlamentarier müßten die verschleuderten Landesgelder wieder zurückzahlen, irrt sich. Die

Abrechnung der Trinkgelder, heißt es, sei schließlich nirgends als verboten gemeldet gewesen.

Bei der Plünderung der Steuerzahler kennen die Herren Parlamentarier keine Hemmungen. Erst im März dieses Jahres hatten sich die Abgeordneten des nordrhein-westfälischen Landtags ihre Diäten einträchtig und beträchtlich erhöht. Jeder kassiert seither Gesamtbezüge von 8000 Mark monatlich.



Samstag, 18. August, 22.30 Uhr, West-Nord-Hessen III  
Ludwig van Beethoven, Konzert Nr. 4 G-Dur op 58 für Klavier und Orchester.

Sonntag, 19. August, 22.55 Uhr, ARD

Öl-Geschichten (2). In dieser Folge der Berichte über die Ölmultis werden unter anderem die britische BP und die französische CFP (Handelsmarke „Total“) unter die Lupe genommen.

Dienstag, 21. August, 17.45 Uhr, DDR-Fernsehen I  
Jack London. Chronik eines Lebens.

Dienstag, 21. August, 19.30 Uhr, West III

Lebensgeschichte des Bergarbeiters Alphons S. Der alltägliche Faschismus (1933 - 1939).

Dienstag, 21. August, 21.50 Uhr, West-Nord-Hessen III

Rhythmus des Widerstands. Südafrika — Lieder und Tänze der schwarzen Bevölkerung.

Mittwoch, 22. August, 10.25 Uhr, ARD und ZDF (nur bestimmte Sender): Anton Sittlinger. Fernsehfilm nach dem bekannten Roman des Volkschriftstellers und Antifaschisten Oskar Maria Graf.

Freitag, 24. August, 20.00 Uhr, DDR-Fernsehen II

Egmont. Szenenskizzen nach Goethe und Beethoven. Goethes bekanntes Schauspiel „Egmont“ behandelt den Freiheitskampf der Niederländer gegen die Spanier.

Freitag, 24. August, 21.50 Uhr, ARD

Öl-Geschichten (3). In der letzten Folge will der Berichterstatter Gerd von Paczensky nachweisen, daß in der Bundesrepublik allein die Ölkonzerne die Kontrolle über die Energievorkommen Öl und Erdgas ausüben.

## Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag  
Roter Morgen  
Postfach 300526

4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. ....

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer

Name: .....

Straße: .....

Plz./Ort: .....

Unterschrift: ..... Datum: .....  
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich

☐ halbjährlich

DM 60,—

DM 30,—

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.

## Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN“, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17.00-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.00, Sa 10-12 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 DUISBURG 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube“, Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 55 06 23, geöffnet: Mo bis Fr 15.00-18.30, Sa 9-14 Uhr.

2390 FLENSBURG (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10-12 Uhr, Tel.: 0461 / 2 96 01.

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 Uhr und 14.30—18.30 Uhr, Sa 9-13 Uhr.

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD/ML, Ellsenstr. 20, Tel.: 0511/445162, geöffnet Sa 10-14 Uhr

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

3500 KASSEL, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext“, Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10-13 Uhr.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: Mo, Di, Do und Fr 9-13 u. 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2400 LÜBECK, Kontaktadresse der Partei: Carmen Hansen, Wickede-Str. 19, Tel.: 0451/47 38 70

6700 LUDWIGSHAFEN (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit“, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17-19, Sa 10-14 Uhr.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“ Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18 Uhr, Sa 10-13 Uhr, 8 u. Sa 10-13 Uhr.